

02.05



# DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Gentechnikgesetz: Pro und Contra**  
**Bildung für Nachhaltigkeit: Workshop-Bericht**  
**Nationaler Radverkehrsplan: Papiertiger?**  
**Wasserrahmenrichtlinie: Verbände kooperieren**

und weitere Beiträge zu Naturschutz- und Umweltpolitik auf Bundesebene

# DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

## Deutschland-Rundbrief

Naturschutz- und Umweltpolitik  
auf Bundesebene  
Jahrgang 11 (2005), Heft 02

### Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,  
Dachverband der deutschen Natur- und  
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

### Geschäftsstelle Bonn

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), Internet: [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

### Redaktion, Geschäftsstelle Berlin

Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu),  
Victoria Liesche (vl), Deborah Bernsdorf  
(db)  
DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-82  
eMail: [info-berlin@dnr.de](mailto:info-berlin@dnr.de)  
Internet: [www.dnr.de/publikationen](http://www.dnr.de/publikationen)

### Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,  
Geschäftsstelle Bonn (s.o.)  
eMail: [thomas.kreuzberg@dnr.de](mailto:thomas.kreuzberg@dnr.de)  
Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergüns-  
tigte Abos bitte in der Redaktion erfragen

### Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin  
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

### Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung  
sind willkommen. Die Redaktion behält  
sich Kürzung und Bearbeitung vor. Für  
unverlangt eingesandtes Material keine  
Haftung. Namentlich gezeichnete Beiträge  
geben nicht unbedingt die Meinung der  
Redaktion/des Herausgebers wieder. Re-  
daktionsschluss: 15. des Vormonats.

### Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-  
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt  
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

### Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-  
umweltministerium gefördert. Die Förderer  
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-  
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der  
Angaben sowie für die Beachtung der  
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten  
und Meinungen müssen nicht mit denen  
der Förderer übereinstimmen.

## Nachhaltigkeit und Naturschutz

### Liebe Leserinnen und Leser,

dem Begriff "Nachhaltigkeit" haftet der Makel eines nachhaltigen Missbrauchs an: Nicht umsonst wurde schon 1992 in den Kongresshallen von Rio am Rande des Erdgipfels von einigen Vertretern der Entwicklungsländer die sarkastische Meinung kolportiert, dass es den Industrienationen eigentlich mehr um "sustainable business" denn um die Zukunftsfähigkeit der Weltfamilie gehe.

Tatsächlich geht die Geschichte dieses hehren Prinzips auf handfeste Überlegungen der Grundherrschaften zurück, die vor zwei Jahrhunderten durch eine "nachhaltige Forst-Wirtschaft" die Versorgung von Bergwerken, Glashütten oder Salinen, also Industriebetriebe und Renditen im Vor-Ölzeitalter langfristig sichern wollten.

Allerdings hatte diese Form der Nachhaltigkeit eine Schwester - nämlich die so genannte "Bodenreinertragslehre", die aus Mischwäldern Monokulturen formte und damit den Verfall von Stabilität und Gesundheit des Waldes, aber auch die Entseelung des Waldwesens vorantrieb.

Heute laufen wir Gefahr diesen historischen Irrtum zu wiederholen, wenn Politik, Verwaltung und Verbände oder wenn Autobauer, Agrarfabrikanten und Chemieproduzenten mit diesem Begriff weiterhin so inflationär und leichtfertig umgehen wie jener deutsche Verkehrsminister, der kürzlich den nachhaltigen Straßenbau gefordert hat. Auch von nachhaltiger Staatsverschuldung war schon die Rede.

Nachhaltigkeit ist aber kein technisches, sondern eben ein ethisches Prinzip und kommt daher ohne eine humane Komponente ebenso wenig aus wie ohne das magische Geflecht von Ökologie, Ökonomie und Sozialem.

Diese humane Komponente hat mit dem Irrationalen, mit Kultur, mit Werten und mit Glück zu tun. Wohlstandswachstum allein macht auf Dauer nicht glücklich. Nachhaltig glücklich sein bedeutet mehr als nachhaltig reich sein. Gut leben ist etwas anderes als viel haben, und mehr Zeit haben oder mehr Gesundheit ist etwas anderes als mehr Geld besitzen.

Nachhaltigkeit mündet letztlich in der Leichtigkeit eines Lebens-Wandels, der dynamisch und lustvoll und ein Sieg des Glücks über die Last des Materiellen ist. Ein Lebensstil also, der das Brot als Lebensmittel für den Körper und den Glanz der Erde als Seelennahrung gleichermaßen schätzt.

Diese Glückskomponente führt zu der vergessenen Art Mensch hin, die ohne Seelenschutzgebiete ebenso wenig auskommt wie Tiere und Pflanzen ohne Naturschutzgebiete. Denn Glück ist letztlich die Basis für einen geschwisterlichen Umgang zwischen Mensch und Schöpfung.

Daher beginnt der Naturschutz bei glücklichen Menschen. Machen wir also zuerst die Menschen glücklich, denn "glückliche Menschen machen weniger kaputt". Glück wiederum strebt nach Harmonie und weckt damit die Lust auf das Bewahren und Schützen.

Diese andere Art von Naturschutz fordert weder Verzicht und Askese noch die Pflicht zur Enkelverantwortung ein, sondern lebt im Jetzt: Ich will für mich und für die jetzt lebenden Menschen und Mitgeschöpfe den Zauber des Lebens und der Wildnis und die Lust an der Natur bewahren. Damit bleibt sie gleichzeitig auch der Nachwelt erhalten.

Die Zukunft der Naturschutzbewegung müsste also eine Renaissance erleben, die gleichermaßen mystisch und lustvoll ist. Denn weder Weltuntergangs- oder Katastrophenszenarien noch die reine Faktenvermittlung oder die Zeigefinger-Pädagogik haben uns zum Erfolg geführt. Nicht noch mehr Wissen, sondern hoffnungsvolle Botschaften sind gefragt. Nachhaltiges Denken kommt eben nicht aus dem Nürnberger Trichter, sondern aus der rechten Gehirnhälfte. Wissen ist im Internet abrufbar, zukunftsfähige Botschaften sind es nicht.

Deshalb sollten wir uns der spirituellen Kraft besinnen, welche die mystische Wurzel des Naturschutzes war und die stärker ist als die Aktenberge und ehrlicher als mancherlei Politikgetöse und glaubwürdiger als die vielen nicht eingehaltenen Konventionen und Reformversprechen.

Der Weg in eine lebenswerte Zukunft führt eben nicht an den Leitplanken entlang, die uns die Macher einer morbiden

Wachstumsgesellschaft vorgaukeln, sondern eher durch eine sanfte Lindenallee, welche die Mutter unseres Denkens ist und Lust auf Zukunft macht.

Es ist jetzt die Zeit gekommen endlich ein neues Menschenbild in den Mittelpunkt zu rücken und angesichts des globalisierten Egoismus und des brutalen Neodarwinismus dieser Tage den Mut zur Emotion und zum Anderssein wieder zu entdecken.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre dieser Ausgabe unseres Rundbriefes.

Ihr Hubert Weinzierl, DNR-Präsident

## 2 Impressum

## 3 Editorial

- Nachhaltigkeit und Naturschutz

## 5 Verbände, Umweltbewegung

- Greenpeace bald nicht mehr gemeinnützig?
- Pragmatismus vs. Fundamentalkritik
- "Öko-Alarmismus" untersucht

## 7 Abfall, Chemie, Emissionen

- Strei um Mülltrennung
- Pfandstreit ist beendet
- Starker Handysmog in Bus und Bahn

## 7 Agrarpolitik, Verbraucherschutz

- Biologische Vielfalt nicht genutzt
- Dioxin in Freilandeiern
- Pestizid-Reduktionsprogramm
- Transparenz bei Pestizidexporten
- Mehr Informationsrechte für Bürger
- Bessere Lebensmittelkennzeichnung
- Mehr Recyclingpapier an Schulen
- Kampagne für nachhaltigen Konsum
- Regionale Biomilch

## 10 Energie, Klima

- Neues Energie-Konzept des DNR
- NABU: Deutsche Klimapolitik stagniert
- Wettbewerb "Energiesparkommune"

- Fortführung der Ökosteuer gefordert
- Keine Windparks in der Ostsee
- Konflikt Landschaftsschutz-Windkraft
- Vollversorgung mit Ökostrom möglich
- Streit über Förderung von Ökostrom

## 13 Gentechnik

- Gentechnikgesetz: Pro und Contra
- Umweltauswirkungen der Gentechnik
- Einfuhrverbot für Genmais bleibt
- Gen-Pflanzen ohne Nutzen
- Keine Gen-Bäume für Klimaschutz

## 15 Nachhaltigkeit, Umweltpolitik, Umweltkommunikation

- Studie: Alpenpolitik in Deutschland
- Jahresumweltbilanz 2004
- Öko-Dumping in Kommunen
- Rückblick: Bildungsworkshop
- Keine Ökosteuer für die Industrie
- Infokampagne: Nachhaltiger Konsum
- Verliert Rot-Grün Glaubwürdigkeit?
- Informationsfreiheitsgesetz
- Bürokratieabbau-Gesetz abgelehnt

## 19 Naturschutz, Artenschutz, Tierschutz

- Naturschutzgroßprojekt gescheitert
- Föderalismuskommission gescheitert
- Managementplanung für FFH-Gebiete
- Natürliche Waldform wiederherstellen

- Diskussion um Kohlenstoffsinken
- Illegaler Abschuss in Uganda
- Tierversuchsanstalt wird ausgebaut
- Tierzuchtfonds gegründet

## 22 Verkehr, Tourismus

- Radverkehrsplan wirkt nicht
- Kinder haften bei Auto-Schäden
- Luftreinhaltung: Städte reagieren
- Verbrauchs-Kennzeichnungspflicht
- Neuer Grenzwert für Dieselfahrzeuge
- Lkw produzieren zu viel Dieselruß
- Deutsche Bahn will Netz abbauen
- Bündnis für Hafenkonzep
- Flugzeuge bleiben zu laut

## 26 Wasser, Meere

- WRRL: Verbände kooperieren

## 27 Service

- Ausschreibungen, Termine, Informationsquellen, Umweltsendungen

## Pragmatismus versus Fundamentalkritik

### Öffentliche Diskussion: Hat Gremienarbeit Einfluss oder nicht?

In einem taz-Interview (14.12.2004) haben die BUND-Vorsitzende Angelika Zahrt und der Geschäftsführer von Foodwatch Thilo Bode über das aus ihrer Sicht "richtige" Vorgehen der Umweltbewegung gestritten. Bode warf den Verbänden vor, zu viel Konsens anzustreben, sich zu sehr einbinden zu lassen. Dem hielt Zahrt entgegen, dass man auch mit Gremienarbeit Druck machen könne. Man sei "mit seinen Argumenten dichter dran", wenn man miteinander spreche.

Der Chef der Verbraucherorganisation foodwatch forderte, die Umweltverbände müssten Kontrapunkte setzen und Alternativen aufzeigen. Als Beispiel nannte Bode das Wirtschaftswachstum, das seiner Ansicht nach kein Thema unter den Umweltschützern ist. Die Verbände hätten eine lange Tradition der Wachstumskritik, konterte Zahrt. Sie orientierten ihre Politik aber auch daran, welche Themen zu den aktuellen Politikzielen passten.

### Führen Konfrontation und Kooperation zum gleichen Ziel?

Bode beharrte darauf, dass die Verbände mit ihrer Strategie der Kooperation nichts bewirken könnten. Zu glauben, Macht und Einfluss zu besitzen, wenn man mit Ministern spreche, sei eine Illusion. Gegen den Vorwurf von Bode, die Umweltverbände seien handzahn, führte die BUND-Vorsitzende die Ökosteuer ins Feld. Ende der 80er Jahre habe der BUND diese zur Debatte gebracht. Jetzt fordere ihr Verband die Weiterentwicklung der Ökosteuer, die viele am liebsten vom Tisch hätten. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40  
eMail: bund@bund.net  
www.bund.net

Foodwatch, Brunnenstr. 181, 10119 Berlin  
Tel. 030-28093995, Fax -24047626  
eMail: info@foodwatch.de  
www.foodwatch.de

## Greenpeace bald nicht mehr gemeinnützig?

### "Illegale" Aktionen als Grund für Aberkennung genannt

Ein Hamburger Finanzamt hat offenbar vor, der Umweltorganisation Greenpeace die Gemeinnützigkeit abzuerkennen. Die Behörde begründete diesen Schritt mit der angeblichen Rechtswidrigkeit verschiedener Greenpeace-Aktionen. Bisher ist Greenpeace als gemeinnützige Organisation anerkannt und bis 2009 von der Körperschaftssteuer befreit.

Greenpeace zeigte sich von den Plänen der Behörde überrascht, zumal es in einigen der vom Amt beanstandeten Fälle gar keine Anzeigen gäbe. Andere seien mit einem Bußgeld beendet oder wegen geringfügigkeit eingestellt worden. Die Umweltschützer vermuten, dass hinter dem Vorgehen die Absicht steckt, Aktionen wie z.B. die Aussaat von Ökoweizen auf Gelfeldern künftig zu unterbinden. Der Kritik hält die Organisation ihre Verdienste entgegen: der FCKW-freie Kühlschrank, das chlorfreie Bleichen von Papier oder der Schutz von Kleinkindern vor Phtalat-Spielzeug, um nur einige Beispiele zu nennen. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Greenpeace, Große Elbstr. 39, 22767 Hamburg  
Tel. 040 / 30618-0, Fax -100  
eMail: mail@greenpeace.de  
www.greenpeace.de

## "Öko-Alarmismus" wissenschaftlich untersucht

### Falscher Alarm schadet der Umweltbewegung

Historiker/innen aus Deutschland und der Schweiz haben untersucht, ob sich verschiedene Umweltwarnungen der vergangenen Jahrzehnte bewahrheitet haben oder nicht. Beispiele dafür sind die Debatte über das Waldsterben der achtziger Jahre oder die Kampagne gegen die Versenkung der Ölplattform Brent Spar 1995. Manche dieser Mahnrufe haben sich nach Angaben der Forscher "im Nachhinein als unbegründet oder zumindest stark übertrieben" herausgestellt.

So lagerten auf der Brent Spar nicht 5500, sondern 130 Tonnen Schadstoffe. Ironischerweise profitierte von dem Verbraucherboykott gegen Shell der Konkurrent Esso. Dem Konzern gehörte aber die Hälfte der Brent Spar. Die Wissenschaftler betonten, dass ihre Fallstudien nur ein "Ausschnitt aus der Geschichte der Umweltbewegung" seien. Ohne Zweifel habe es auch zutreffende Warnungen gegeben.

### Statt Katastrophenrufen differenzierte Betrachtung nötig

Aus Sicht der Forscher besteht allerdings die Gefahr, dass Warnungen vor Umweltkatastrophen nicht mehr ernst genommen werden. Fehleinschätzungen der Umweltbewegung hätten auch auf Grund des moralischen Anspruchs, der dahinter steckt, harsche Kritik zur Folge. Nach Ansicht von Frank Uekötter, einem der beteiligten Forscher, taugen Ankündigungen von Katastrophen kaum als politisches Instrument. Sie ließen sich nur beschränkt steuern, entfalteten eine Eigendynamik und führten zu einem Vertrauensverlust in Expert/innen. Uekötter forderte eine differenziertere Betrachtung der Sachverhalte. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Fakultät für Geschichtswissenschaft, Philosophie und Theologie, Dr. Frank Uekötter, Universität Bielefeld, Universitätsstr. 25, 33615 Bielefeld  
Tel. 0521 / 106-2535  
eMail: frank.uekoetter@web.de  
www.frank-uekoetter.de

## RWE und FDP stellen Mülltrennung in Frage

### Gemeinsame Verwertung von Verpackungsmaterial und Restmüll

Am 1. Dezember hat die FDP-Fraktion im Bundestag bei einer Anhörung des Umweltausschusses vorgeschlagen, die Mülltrennung in Privathaushalten aufzuheben. Stattdessen sollten Verpackungsmaterial und Restmüll zusammen in Sortieranlagen technisch aufbereitet und verwertet werden.

Der RWE-Konzern, der die neue Technik nach eigenen Angaben erfolgreich getestet hat, hält dieses Vorhaben schon 2006/2007 für möglich. Der Konzern will nun eine Demonstrationsanlage zur Vorsortierung für 130.000 Jahrestonnen Abfall bauen. Aus Sicht des Deutschen Städtetages und des NABU sollten dagegen erst die Ergebnisse laufender Pilotversuche abgewartet sowie Vor- und Nachteile einer gemeinsamen Sortierung geprüft werden. Außerdem müsse sich die neue Technik als ökologisch effizient und Erfolg versprechend herausstellen, so das ifeu-Institut für Energie- und Umweltforschung.

### Viele Fragen bleiben offen

Nach Ansicht der Dualen System Deutschland AG (DSD) darf die schwierige Sortierung von Restmüll mit seinem hohen Wasseranteil und "sogar weggeworfenen Fahrradteilen" nicht mit der Bearbeitung von verunreinigtem Verpackungsabfall gleichgesetzt werden.

Aus Sicht von Jens Lattmann, Wirtschafts- und Umweltbeauftragter beim Deutschen Städtetag, muss die Frage nach der Verantwortung geklärt werden. Die Kommunen seien für den Hausmüll zuständig, für Verpackungsabfälle gelte das Prinzip des regulierten Marktes. Zudem fehle es den kommunalen Unternehmen an Sortieranlagen. Bei einer Verwertung von Verpackungsmaterialien und Restabfällen würden die Müllöfen nicht mehr ausgelastet, was zu einer Erhöhung der Abfallgebühren führe. Hinzu kämen noch die hohen Investitionen in neue Anlagen. (db) ■

### • Weitere Informationen

NABU, Abfallexpertin Susanne Hempfen, Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn  
Tel. 0228 / 4036-165, Fax -200  
eMail: susanne.hempfen@nabu.de  
www.nabu.de

## Pfandstreit ist beendet

### Verpackungsverordnung endgültig durchgesetzt

Nachdem der Europäische Gerichtshof (EuGH) die deutsche Verpackungsverordnung gebilligt hat, hat nun auch der Bundesrat im Dezember letzten Jahres seine Zustimmung gegeben. Da die Insellösungen endgültig abgeschafft werden sollen, forderte der EuGH allerdings eine längere Übergangsfrist für die Umsetzung des Einheitspfands. Der Handel hat dafür nun bis zum Frühjahr 2006 Zeit.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) kündigte derweil bundesweite Testkäufe an. Jeder Verstoß gegen die Pfandpflicht werde "unmittelbar zur Anzeige gebracht". Zudem würden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Geldbußen von bis zu 50.000 Euro pro Verstoß eingeleitet. Des Weiteren will die DUH alle Gewinne abschöpfen, die aus dem illegalen Verkauf pfandfreier Einweg-Getränke erzielt werden. Pläne der Getränkehersteller, importierte Dosen und Plastik-Einwegflaschen wieder pfandfrei zu verkaufen, wurden im Januar nach Angaben der Wirtschaftsvereinigung Alkoholfreie Getränke (WAFG) wieder zurückgenommen.

### Zwei gegensätzliche Zukunftskonzepte

Die DUH sieht in dem Dosenstreit einen Kampf zwischen zwei gegensätzlichen Zukunftskonzepten: Einerseits die umweltfeindliche Ex- und Hopp-Wirtschaft der Vergangenheit und andererseits das Konzept einer zukunftsfähigen und umweltfreundlichen Mehrwegkreislaufwirtschaft. Zusammen mit dem Getränkefachgroßhandel und den mittelständischen Brauereien fordert die Umwelthilfe Handel und Getränkeindustrie im In- und Ausland auf, ihren Widerstand zu beenden und die Pfandverordnung zu akzeptieren. (db) ■

Siehe auch DRB 11.04, S. 7,  
DRB 12.04/01.05, S. 6

### • Weitere Informationen

Deutsche Umwelthilfe e. V., Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell  
Tel. 07732 / 9995-0, Fax -77  
eMail: info@duh.de  
www.duh.de

## Elektrosmog: Starke Belastung in Bus und Bahn

### Messwerte von Mobilfunkstrahlen sehr hoch

Laut einem im Juli 2004 abgeschlossenen Projekt des Informationszentrums gegen Mobilfunk (izgmf) ist die Belastung durch Mobilfunkstrahlen in Bussen sehr viel größer als bei Telefonaten im Freien. Ein Fahrgast, der sich dort in sieben Metern Entfernung von einem Handy aufhält, werde fast doppelt so stark bestrahlt wie jemand, der sich im Freien nur 0,6 m neben dem Telefonierenden befindet.

In 33 von 39 Messungen an verschiedenen Haltestellen in München konnte beobachtet werden, dass sich die Sendeleistung nach Einsteigen in den Bus erhöhte. Im Durchschnitt stieg sie um das sechsfache, im schlimmsten Fall um das 25-fache an. Im Gegensatz zum Telefonat im Freien, wies das Handy beim Telefonieren im Bus in sieben Fällen eine Maximalleistung von zwei Watt auf, um die Verbindung zur Basisstation halten zu können.

### Sendeleistung übersteigt Grenzwerte

Bei einer Untersuchung zur elektromagnetischen Feldbelastung wurde bei einer gleichzeitigen Nutzung von drei Handys in einem Linienbus eine Spitzenwertbelastung von bis zu 776 mW/m<sup>2</sup> für benachbarte Fahrgäste gemessen. Das entspricht einer Ausnutzung des deutschen Grenzwertes von 17 Prozent. Dagegen wird der Schweizer Vorsorgewert um das 18-fache sowie der vom Umweltinstitut München empfohlene Salzburger Resolutionswert um etwa das 800-fache überschritten. Um die Strahlenbelastung in öffentlichen Verkehrsmitteln zu senken, fordert das Umweltinstitut München die Einrichtung handyfreier Zonen. Bei der Bahn sei dies im ICE bereits teilweise geschehen. (db) ■

### • Weitere Informationen

Umweltinstitut München e. V., Hans Ulrich-Raithel, Landwehrstr. 64 a, 80336 München  
Tel. 089 / 307749-0, Fax -20  
eMail: elektrosmog@umweltinstitut.org  
www.umweltinstitut.org  
www.izgmf.de

## Biologische Vielfalt in der Landwirtschaft geht zurück

### Über 99 Prozent der Kulturpflanzen-Arten werden nicht genutzt

Das wissenschaftliche Projekt "Agrobiodiversität entwickeln!" hat die Ursachen und Folgen untersucht, die der Verlust der Artenvielfalt in der Landwirtschaft mit sich bringt. Danach bilden nur noch zwölf Pflanzenarten und fünf Nutztierarten die Grundlage unserer Ernährung. 99,6 Prozent der Kulturpflanzen blieben hingegen ungenutzt und rund 2000 Nutztierassen seien derzeit vom Aussterben bedroht. Die gesetzlichen Regelungen und Bestimmungen hätten nicht zum Erhalt der Rassen- und Sortenvielfalt beigetragen, so das Fazit des am Projekt beteiligten Öko-Instituts.

Die wichtigste Ursache für den Verlust von Agrobiodiversität ist laut Projektbericht die moderne Hochleistungs-Landwirtschaft, die vor allem auf einen kurzfristigen Ertrag ausgerichtet ist. Wenn nur wenige Sorten und Rassen die landwirtschaftliche Nutzung dominierten, würden u.a. die genetischen Grundlagen für die Züchtung zerstört. Damit gingen zukünftige Optionen für die Ernährungssicherung verloren, heißt es weiter.

### Politische Instrumente fehlen

Auch die bestehende Gesetzgebung und Förderpraxis leisteten einförmigen Zuchtzielen und einer starken Ertrags- und Leistungsorientierung Vorschub. Zwar sei die Förderung der Diversität im Tierzuchtgesetz als Ziel genannt, es fehle aber an wirksamen Politikinstrumenten, dieses Ziel auch umzusetzen. Erste Ansätze finden sich in den Fachprogrammen zum Erhalt pflanzen- und tiergenetischer Ressourcen, die 2005 auch durch ein Förderprogramm unterlegt werden sollen. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), Ulrich Petschow, Potsdamer Str. 105, 10785 Berlin  
Tel. 030 / 884594-23  
eMail: [ulrich.petschow@ioew.de](mailto:ulrich.petschow@ioew.de)  
[www.ioew.de](http://www.ioew.de)

Projektbericht und Broschüre:  
[www.agrobiodiversitaet.net](http://www.agrobiodiversitaet.net)

## Dioxin in Freilandeiern: Politisches Kalkül?

### Tier- und Umweltschützer vermuten gezielte Kampagne der Käfiglobby

Nordrhein-Westfalens Umweltministerin Bärbel Höhn hat den Fund von Dioxin belasteten Freilandeiern in Niedersachsen als "falschen Alarm" bezeichnet. Den Agrar-Staatssekretären, die sich im Januar auf der Grünen Woche in Berlin trafen, sei nur ein Fall aus Baden-Württemberg gemeldet worden. Der Hof liege in der Nähe einer Fabrik.

Höhn kritisierte, dass die Meldungen über angebliche Dioxin-Eier vor dem Start der Grünen Woche veröffentlicht wurden. Zu diesem Zeitpunkt waren die Messergebnisse nach Angaben des BUND bereits einen Monat alt. Der Umweltverband und die Ministerin vermuten politisches Kalkül dahinter. 2007 soll die Käfighaltung für Hühner in Deutschland verboten werden. Die Lobby der Käfighalter würde ihre Wirtschaftsinteressen verteidigen, sagte Höhn. Auch der BUND fand es "auffällig", dass genau die Länder, die im Bundesrat für die Käfighaltung gestimmt hätten, plötzlich erhöhte Dioxinwerte meldeten.

### Keine akute Gesundheitsgefahr

Der Deutsche Tierschutzbund erklärte, dass die Dioxinbelastung des Bodens nicht durch die Haltungform der Hühner, sondern durch andere Umweltbelastungen verursacht sei. Die Tierschützer sowie der NABU Baden-Württemberg forderten, die Quelle der Belastung sofort zu beseitigen. Der Bundesverband der Verbraucherzentralen rief die Eierproduzenten auf, mit Dioxin belastete Eier zurück zu holen. Gleichzeitig versicherten die Verbraucherschützer, dass es keine akute Gesundheitsgefährdung gebe, wenn man bis zu drei Eiern pro Woche esse. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

BUND, Agrarexpertin Reinhild Benning, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40  
eMail: [reinhild.benning@bund.net](mailto:reinhild.benning@bund.net)  
[www.bund.net](http://www.bund.net)

## Pestizid-Reduktionsprogramm unter der Lupe

### Umweltschützer: Ministerielles Maßnahmenpaket reicht nicht aus

Die Umweltschutzorganisation Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN Germany) hat im Dezember eine Stellungnahme zu dem neuen "Reduktionsprogramm Chemischer Pflanzenschutz" des Bundesverbrauchermisteriums vorgelegt. Das Reduktionsprogramm soll seit Januar 2005 umgesetzt werden. PAN Germany hatte gemeinsam mit dem NABU das Maßnahmenpaket des Reduktionsprogramms grundsätzlich befürwortet, aber die geplanten Ziele, die Indikatoren sowie die Ausstattung als unzureichend bewertet (DRB 11.04, S.10).

In der Kritik von PAN steht vor allem, dass das Programm keine genauen Fristen für das Erreichen der Ziele enthält und auch nicht die Behandlungshäufigkeit von Anbaukulturen festlegt. Insgesamt stellte das Programm aus Sicht des Umweltschützers keine neue politische Strategie dar, die die landwirtschaftliche Produktion nachhaltig unabhängig von der Giftspritze macht. In einer 15-seitigen Stellungnahme von PAN Germany werden das Reduktionsprogramm analysiert, seine derzeitigen Mängel aufgezeigt und Vorschläge zur Verbesserung formuliert. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN Germany), Nernstweg 32, 22765 Hamburg  
Tel. 040 / 39-919100, Fax -07520  
eMail: [info@pan-germany.org](mailto:info@pan-germany.org)  
[www.pan-germany.org](http://www.pan-germany.org)

Die Stellungnahme:  
[www.pan-germany.org/stellung.htm](http://www.pan-germany.org/stellung.htm)  
[www.pestizidreduktion.de](http://www.pestizidreduktion.de)

## Transparenz bei Pestizid-Exporten gefordert

### Pflanzengifte schaden Umwelt und Gesundheit in Entwicklungsländern

In einem offenen Brief hat das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN Germany) Verbraucherministerin Renate Künast aufgefordert, sich bei der Novellierung des Pflanzenschutzgesetzes für einen "gläsernen Pestizidexport" einzusetzen. Den Brief unterstützen u.a. BUND, NABU, BUKO Agrar Koordination und Greenpeace. Bisher habe das Bundesverbraucherministerium Initiativen zur Verbesserung der rechtlichen Grundlagen im Pflanzenschutzgesetz, wie z.B. von Schleswig-Holstein, nicht unterstützt, kritisierten die Verbände.

PAN Germany und Brot für die Welt fordern seit langem die Erweiterung der Meldepflicht bei Pestizidexporten und die Veröffentlichung der gemeldeten Daten. Die deutsche Pestizidindustrie zählt weltweit zu den Spitzenexporteuren und trägt somit zu den Umwelt- und Gesundheitsschäden bei, die bei der Anwendung von Pestiziden unter Armutbedingungen in Entwicklungsländern auftreten. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN Germany), Simone Hueber, Nernstweg 32, 22765 Hamburg  
Tel. 040 / 3991910-26  
eMail:  
simone.hueber@pan-germany.org  
www.pan-germany.org

Der Offene Brief:  
[www.pan-germany.org/download/PfISchG\\_04.pdf](http://www.pan-germany.org/download/PfISchG_04.pdf)  
[www.pan-germany.org/download/pestizidexport.pdf](http://www.pan-germany.org/download/pestizidexport.pdf)

## Lebensmittel: Mehr Informationsrechte für Bürger

### Ämter sind verpflichtet Auskunft über belastete Lebensmittel zu geben

Der Bundestag hat Ende November ein Gesetz beschlossen, das die Informationsrechte der Verbraucher/innen bei der Lebensmittelsicherheit stärkt. Demnach sind Behörden bei entsprechenden Anfragen von Bürger/innen zu Auskünften verpflichtet. Lebensmittel- und Futtermittelrecht wurden zusammengefasst. Das Gesetz sollte im Januar 2005 in Kraft treten. Nach Ablehnung durch den Bundesrat liegt es derzeit beim Vermittlungsausschuss.

Das Gesetz gebe der Wirtschaft mehr Sicherheit vor schwarzen Schafen, von denen sie sich jetzt abgrenzen könne, hieß es bei den Grünen. SPD-Abgeordnete forderten darüber hinaus, die von den Ländern betreute Lebensmittelüberwachung zu verbessern. Die Opposition lehnte das Gesetz ab. Aus ihrer Sicht gibt es außer den Informationsrechten keine substanzielle Verbesserung zum Schutz vor infizierten Lebensmitteln. Auch die Informationspflichten der Hersteller gehen Union und FDP zu weit.

### Verbraucherschützer fordern statt Paragraphen wirtschaftliche Anreize

Die Verbraucherorganisation Foodwatch kritisierte die Informationsansprüche für Kunden hingegen als praxisfern. Bis zu drei Monate hätten Behörden Zeit, um Anfragen zu beantworten. Bei so langen Fristen sei das Haltbarkeitsdatum der meisten Lebensmittel längst abgelaufen. Nach Auffassung von Foodwatch verhindert das neue Gesetz keine Skandale wie BSE oder Nitrofen. Stattdessen müssten Anreize geschaffen werden, damit Futtermittelhersteller künftig aus wirtschaftlichem Eigeninteresse Vergiftungen vermeiden. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Foodwatch, Brunnenstr. 181, 10119 Berlin  
Tel. 030-28093995, Fax -24047626  
eMail: [info@foodwatch.de](mailto:info@foodwatch.de)  
[www.foodwatch.de](http://www.foodwatch.de)

## Lebensmittelkennzeichnung verbessert

### Allergienauslöser künftig deklarationspflichtig

Änderungen der Lebensmittel-Kennzeichnungsverordnung, die Mitte November in Kraft getreten sind, bringen vor allem für Allergiker wesentlich mehr Sicherheit beim Einkauf von Lebensmitteln. Nach Angaben des Bundesverbraucherschutzministeriums (BMVEL) müssen künftig bestimmte Stoffe, die Allergien auslösen können wesentlich deutlicher als bisher auf der Verpackung der Lebensmittel gekennzeichnet werden.

### Mehr Informationen über zusammengesetzte Zutaten

Zu den Stoffen gehören u.a. glutenhaltiges Getreide, Milch, Eier, Fisch, Soja, Sessamsamen und Erdnüsse. Die Kennzeichnung müsse von nun an eindeutig auf das Vorhandensein dieser Zutaten und Stoffe schließen lassen, hieß es. Mit der neuen Verordnung wird auch die derzeitige "25-Prozent-Regel" abgeschafft. Diese sah vor, dass Bestandteile zusammengesetzter Zutaten (z.B. Einzelzutaten der Salami auf der Pizza) nicht auf der Verpackung aufgeführt werden müssen, wenn der Anteil der zusammengesetzten Zutat insgesamt weniger als 25 Prozent des Enderzeugnisses beträgt. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Bundesverbraucherschutzministerium (BMVEL), PF 140270, 53107 Bonn  
Tel. 0228 / 529-0, Fax -4262  
eMail: [info@bmvvel.bund.de](mailto:info@bmvvel.bund.de)  
[www.verbraucherministerium.de](http://www.verbraucherministerium.de)

## Kampagne für Recyclingpapier an Unis und Schulen

### Hochschulen sollen

#### Frischfaser-Verschwendung beenden

Die Umweltorganisation Pro Regenwald hat die Hochschulen aufgefordert, sämtliche Skripten auf Recyclingpapier drucken oder kopieren zu lassen. Allein mit dieser Maßnahme könnten viele Tonnen von Frischfasern eingespart und damit ein wertvoller Beitrag zum Schutz der Wälder geleistet werden.

Ein solcher Schritt sei ein gutes Beispiel für Ressourcenschutz, der keinen Aufwand koste und angesichts der produktionsbedingten Umweltzerstörung bei der Papierherstellung dringend geboten, hieß es bei Pro Regenwald. Um den Papierbedarf zu decken, würden weltweit immer mehr Urwälder zerstört und riesige Landflächen in ökologisch verarmte Holzplantagen umgewandelt. Vor allem in Entwicklungsländern werde durch den enormen Papierverbrauch die bäuerliche Landwirtschaft verdrängt. Schwere Umweltbelastungen und soziale Probleme bis hin zu Menschenrechtsverletzungen seien die Folge.

### Recyclinganteil sank innerhalb von zehn Jahren von 50 auf 5 Prozent

In Wissenschaft und Bildung sollten nach Auffassung von Pro Regenwald die produktionsbedingten Zerstörungen bekannt sein und der Frischfaserverbrauch gesenkt werden. Für Schulen hat Pro Regenwald 1999 die Aktion "Wir setzen Zeichen - Schulen pro Recyclingpapier" initiiert. Denn der Anteil an Recyclingpapier bei den Schulheften liegt nach Angaben der Organisation derzeit bei knapp 5 Prozent. Anfang der 90er Jahre waren es noch 50 Prozent. Mit rund 220 Kilo pro Kopf und Jahr gehört Deutschland zu den größten Papierverbrauchern der Welt. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Pro Regenwald, Simone Hörner, Frohschammerstr. 14, 80807 München  
Tel. 089 / 359 8650  
eMail: papier@wald.org  
www.papier.wald.org

## Für nachhaltigen Konsum: "Echt gerecht - clever kaufen"

### Verbraucherministerium startet Informationskampagne

Bundesverbraucherministerin Renate Künast hat im Dezember die Kampagne "Echt gerecht - clever kaufen" ins Leben gerufen. Die Kampagne ergänzt die "Nationale Nachhaltigkeitsstrategie" der Bundesregierung und die Empfehlungen des "Rates für Nachhaltige Entwicklung". Geplant sind vier Großveranstaltungen zu den Themen "Lebensmittel und Ernährung", "Textilien, Bekleidung und Spielzeug", "Reisen, Mobilität und Geldanlagen" und "Bauen, Wohnen, Haushalt und Energie".

Den Initiator/innen geht es darum, Verbraucher/innen in ihrem Konsumverhalten zu sensibilisieren. Sie sollten so einkaufen können, dass sie für gerechtere Lebens- und Arbeitsbedingungen anderer sorgen - also "nachhaltig konsumieren". Dazu brauchten sie die notwendige Aufklärung und Information, um sofort erkennen zu können, was wirklich in und hinter einem Produkt steckt, sagte Künast.

### Wirtschaft zu Kennzeichnung nachhaltiger Produkte aufgefordert

Dazu ist nach Auffassung der Kampagnenakteure eine deutlichere Kennzeichnung der Produkte notwendig als bisher. Ein Beispiel sei die Spielwarenindustrie. Zwar habe sich deren internationaler Verband mit seinem Code of Business Practices Regeln gegeben, die Mindeststandards festlegten. Doch erstens produzierten nur wenige Hersteller nach diesem Code und zweitens könne der Verbraucher selbst nicht erkennen, welche Produkte nach dem Code hergestellt wurden. Hier sei die Wirtschaft in der Pflicht, mit einer klaren Kennzeichnung den Verbraucher/innen den Weg durch die Regale zu erleichtern. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Bundesverbraucherministerium (BMVEL), PF 140270, 53107 Bonn  
Tel. 0228 / 529-0, Fax -4262  
eMail: info@bmvel.bund.de  
www.verbraucherministerium.de  
www.echtgerecht.de

## Fairer Handel regional: Biomilch mit Preisaufschlag

### Bauernmolkerei testet in Praxisprojekt Verbraucherverhalten

Die Upländer Bauernmolkerei testet seit dem vergangenen Herbst in einer Biomilchanalyse, ob Verbraucher/innen für den Erhalt von Bauernhöfen in ihrer Region tiefer in die Tasche greifen. Es geht um einen Beitrag von fünf Cent mehr pro Liter Biomilch, der direkt an die Erzeuger/innen fließen soll. Diese sollen ähnlich wie bei fair gehandeltem Kaffee von dem Preisaufschlag profitieren. Nach Auffassung der Initiator/innen des Projekts trägt die zusätzliche Einnahme zum Überleben der regionalen Ökobetriebe bei.

Der Hintergrund: In den vergangenen beiden Jahren hat es einen starken Preisverfall insbesondere für Biomilchprodukte gegeben. In diesem Zeitraum ist der Grundpreis für Milch nach Angaben der Upländer Bauernmolkerei um mehr als 10 Prozent gesunken. Im Schnitt beträgt zur Zeit der Auszahlungspreis 34 Cent pro Liter Biomilch. Das bedeute bis zu 40 Prozent Einkommenseinbußen, die laufenden Betriebskosten könnten damit nicht gedeckt werden, so die Molkerei.

Bereits vor der Einführung des Fair-Preis-Aufschlags für Biomilch wurden Verbraucher/innen dazu befragt. Die Umfrage ergab eine große Bereitschaft, mehr für regionale Biomilch zu zahlen. Bleibt abzuwarten, ob sie es auch tatsächlich tun. Das Projekt wird in Zusammenarbeit mit der Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel in Kiel durchgeführt und ausgewertet. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Upländer Bauernmolkerei, Korbacher Str. 6, 34508 Willingen-Usseln  
Tel. 05632 / 9486-0, Fax -30  
eMail: info@bauernmolkerei.de  
www.bauernmolkerei.de

### Neues Energie-Konzept des DNR hält an Ökosteuer fest

#### Nachhaltiger Energieverbrauch durch Sparen und Energieeffizienz

Der DNR hat Ende 2004 ein neues Konzept für die Energiepolitik vorgelegt. Darin werden die Leitlinien der Umweltverbände für eine nachhaltige Energiepolitik beschrieben. DNR-Präsident Hubert Weinzierl sagte, die Gesellschaft müsse sich mit dem Ende des quantitativen Wirtschaftswachstums auseinandersetzen. Das bedeute vor allem das Ende des alten Energieregimes. Aus Sicht des Umweltschutzverbandes muss die Energiefrage von der Frage des Wirtschaftswachstums entkoppelt werden.

Zukunftsfähige Energiepolitik sollte bei der größten Energiequelle, dem Energiesparen und der Energieeffizienz - Beispiel Wärmedämmung und Bausanierung - ansetzen, so der DNR. Dafür müsse z.B. die Ökosteuer mit höheren Steuersätzen weiterentwickelt und die Begünstigung der Industrie schrittweise abgebaut werden. Kohle und Kernbrennstoff sind nach Auffassung der Umweltverbände bei der Stromerzeugung genauso zu besteuern wie Erdgas und Heizöl. Für Flugbenzin müssten endlich Steuern bezahlt werden.

#### Mehr Forschungsmittel für erneuerbare statt für atomare Energie

Beim Emissionshandel forderte der DNR in den nächsten Handelsperioden sehr viel weitergehende Begrenzungen der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Sie müssten sich an einer 40-prozentigen Reduzierung der Treibhausgase bis 2020 orientieren. In der Energieforschung sei ein Kurswechsel überfällig. Nach Vorstellung der Umweltverbände soll der Bund die 70 Prozent Budgetmittel, die für die Nuklearforschung vorgesehen sind, künftig für Energieeinsparung und erneuerbare Energien umschichten. Außerdem sollte die Bundesregierung die Transportnetze der Energieversorger eigentumsrechtlich ausgliedern.

Der energiepolitische Berater des DNR Prof. Klaus Traube forderte, die Subventionspraxis bei der Atomenergie zu beenden und die rund 35 Milliarden Euro Entsorgungsrückstellungen der AKW-Betreiber in öffentliche Fonds einzuzahlen. Spätestens ab 2012 sei die Subventionierung des deutschen Steinkohlebergbaus zu beenden. Der Braunkohleabbau

sollte schrittweise vermindert und spätestens in 30 Jahren gestoppt werden.

#### Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) soll langfristig alte Kraftwerke ersetzen

Des Weiteren sollten veraltete Kraftwerke in Deutschland weitestgehend durch dezentrale, vorwiegend erdgasbefeuerte KWK-Anlagen ersetzt werden. Damit sollte der bisherige Anteil der KWK an der Stromerzeugung von 11 Prozent bis 2010 verdoppelt werden. Weitere Großkraftwerke auf Steinkohlebasis sollten nicht gebaut werden. Die Umweltverbände unterstützen das Ziel der Bundesregierung den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung bis 2020 auf mindestens 20 Prozent zu erhöhen.

#### Großes Einsparpotenzial bei der Energienachfrage

Die Anforderungen der Energiesparverordnung für Neubauten sollten sich laut DNR am Standard von Passivhäusern orientieren. Die Ausnahmen für elektrische Heizung und die Warmwasserbereitung von Einsparungsanforderungen müssten aufgehoben werden. Ein Energiepass sollte auch für Altgebäude Pflicht werden. Für Haushaltsgeräte und die Heim- und Büroelektronik sollte der Gesetzgeber einen strengen Verbrauch vorschreiben, ebenso für die Lüftungs-, Klima- und Beleuchtungstechnik. Auch beim Verkehr könnte noch viel eingespart werden, vor allem durch die Erhöhung der Steuer auf Kraftstoffe, eine wirksame LKW-Maut und die Aufhebung der Mehrwertsteuerbefreiung bei Flügen in EU-Ländern. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring (DNR), Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: info@dnr.de  
www.dnr.de

Energie-Leitlinien des DNR (19 S., 295 kB): [www.dnr.de/presse/docs/Leitlinien20Energiepolitik2011.11.04.pdf](http://www.dnr.de/presse/docs/Leitlinien20Energiepolitik2011.11.04.pdf)  
Gedruckte Exemplare unter o.g. Adresse

### Deutsche Klimapolitik stagniert aus Umweltsicht

#### Naturschutzbund fordert neue Impulse

Nach der Regierungserklärung von Bundesumweltminister Jürgen Trittin zum Kioto-Protokoll im Dezember hat der NABU die Bundesregierung aufgefordert, wieder mehr Schwung in die deutsche Klimapolitik zu bringen. Nachdem Deutschland jahrelang als internationales Vorbild im Klimaschutz gegolten habe, sei der Fortschritt ins Stocken geraten. Zwar halte Rot-Grün den Aufschwung bei den Erneuerbaren Energien aufrecht, ansonsten häuften sich in jüngster Zeit aber klimapolitische Enttäuschungen.

Nach Auffassung des NABU kann beim Emissionshandel mehr Energieeffizienz und damit CO<sub>2</sub>-Einsparung erreicht werden. Auch die Ökosteuer sollte weiter entwickelt werden. Der NABU erwartet von der Bundesregierung eine rasche Fortschreibung des nationalen Klimaschutzprogramms mit klaren Strategien für das Erreichen mittel- und langfristiger Klimaschutzziele.

Es reiche nicht, nur die Erfüllung der deutschen Kioto-Verpflichtungen als Ziel zu untermauern. Ziel müsse vielmehr sein, bis 2020 40 Prozent CO<sub>2</sub> einzusparen. Das Erreichen des Kioto-Ziels sei nur ein kleiner Schritt auf der Etappe dorthin. Positiv bewertete der NABU, dass das Kioto-Protokoll mit der Ratifizierung durch Russland im Februar in Kraft trete. Nun müsse an der Fortschreibung gearbeitet werden. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Naturschutzbund (NABU), Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn  
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200  
eMail: [nabu@nabu.de](mailto:nabu@nabu.de)  
[www.nabu.de](http://www.nabu.de)

## Deutsche Energiespar-Hauptstadt gesucht

### Wettbewerb für kommunale Sparprofile

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat im Januar Städte und Gemeinden zum bundesweiten Wettbewerb "Energiesparkommune" aufgerufen. Unterstützt wird die Aktion vom Bundesumweltministerium, dem Umweltbundesamt und weiteren Organisationen. Der hohe Energieverbrauch ist laut DUH auch in Deutschland hauptverantwortlich für Treibhauseffekt und andere Umweltbelastungen. Jede eingesparte Kilowattstunde bedeute einen Gewinn für den Klimaschutz. Viele Städte und Gemeinden hätten bereits wirksame Schritte unternommen, um den Energieverbrauch einzudämmen und Ressourcen zu schonen.

► Mit dem Wettbewerb "Energiesparkommune" will die DUH diese vielfältigen Spar- und Effizienzansätze von Städten und Gemeinden bundesweit bekannt machen und zur Nachahmung empfehlen. Im besten Fall könnten daraus neue Initiativen im kommunalen Klimaschutz entstehen. Bis zum 15. April können Städte und Gemeinden ihr Energiespar-Profil bei der DUH einreichen. Bewertet wird nach einem Punktesystem. Die Kommune, die die meisten Punkte erreicht, erhält den Titel "Bundeshauptstadt Energiesparen". Sechs Workshops werden nach Abschluss des Wettbewerbs dazu genutzt, vorbildliche Konzepte zu dokumentieren und bundesweit bekannt zu machen. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Deutsche Umwelthilfe, Carla Vollmer,  
Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell  
Tel. 07732 / 9995-50, Fax -77  
eMail: vollmer@duh.de  
www.energiesparkommune.de  
www.duh.de

## Breites Bündnis fordert: Ökosteuer weiter entwickeln

### Ungleiche Besteuerung von Bahn- und Flugverkehr soll abgeschafft werden

Umwelt- und Unternehmerverbände sowie die Gewerkschaft Bauen, Agrar und Umwelt (IG Bau) haben Ende vergangenen Jahres von der Bundesregierung die Fortsetzung der ökologischen Steuerreform im Jahr 2005 verlangt. In der Koalitionsvereinbarung sei festgelegt, bereits 2004 darüber zu entscheiden. Entsprechende Beschlüsse seien jedoch bisher verjagt worden.

Die 24 Organisationen, darunter DNR, BUND und NABU, forderten von der Regierung klare Aussagen, wie sich die Energiesteuern in den nächsten Jahren entwickeln sollen. Ungerechtfertigte Steuererleichterungen wie jene für den Flugverkehr müssten abgebaut werden. Auch die EU-Energiesteuer-Richtlinie und die Harmonisierung der europäischen Energiesteuern müssten rasch umgesetzt werden. Außerdem könne die Ermäßigung der Mehrwertsteuer für Bahntickets helfen, wieder mehr Fahrgäste in die Züge zu bringen. Maßnahmen zur Förderung der Altbausanierung und die Einrichtung eines Fonds für stromeffiziente Techniken könnten zusätzlich zum Energiesparen motivieren.

### Bau- und Umweltgewerkschaft: Ökosteuer sichert Arbeitsplätze

Der BUND bezeichnete die ökologische Steuerreform als Erfolgsmodell. Die Lohnnebenkosten seien niedriger und Energie sei gespart worden. Dieser Weg müsse ausgebaut werden. Die IG BAU betonte die stabilisierende Wirkung der Ökosteuer auf die Sozialsysteme und den Arbeitsmarkt. Ohne Ökosteuern läge der Rentenbeitrag heute um 1,7 Prozentpunkte höher. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

BUND, Am Kölnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40  
eMail: bund@bund.net  
www.bund.net

## Keine Windräder in Schutzgebieten der Ostsee

### Vogelschutzgebiet und wertvolle Sandbänke werden nicht bebaut

In zwei Schutzgebieten in der Ostsee dürfen keine Offshore-Windparks errichtet werden. Das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie in Hamburg hat die Anträge auf Genehmigung zweier Windparks in der Pommerschen Bucht und im angrenzenden Gebiet "Adlergrund" abgelehnt. Deutschland hatte beide Gebiete bereits als Teile des europäischen Schutzgebietsnetzes NATURA 2000 in Brüssel vorgeschlagen.

Das europäische Vogelschutzgebiet "Pommersche Bucht" gilt als ideales Mauer-, Rast-, Nahrungs- und Überwinterungsquartier, besonders für verschiedene Entenarten. Das FFH-Vorschlagsgebiet "Adlergrund" zeichnet sich vor allem durch wertvolle Sandbänke und Riffe aus. Das Bundesamt für Naturschutz stufte beide als naturschutzfachlich äußerst bedeutsame Gebiete ein. Die Antragsteller wurden frühzeitig darauf hingewiesen, dass die ausgewiesenen Schutzgebiete in Nord- und Ostsee grundsätzlich nicht für den Bau von Windenergieanlagen geeignet sind. Die beiden Windparks sollten insgesamt 115 Anlagen umfassen.

### DNR schlägt Internationale Leitlinie Windenergie vor

Der DNR hat im Januar einen Vorschlag für eine Internationale Leitlinie Windenergie veröffentlicht. Das Papier wurde als Beitrag der Bonner Weltenergiekonferenz im Juni 2004 für eine internationale Anwendung erarbeitet, es ist aber auch eine nationale Anwendung möglich. In diesem Jahr soll die Diskussion im internationalen Rahmen fortgeführt werden. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

DNR, Projekt Natur- und umweltverträgliche Windenergienutzung an Land,  
c/o Ingenieurbüro für Umweltplanung  
Schmal + Ratzbor, Im Bruche 10,  
31275 Lehrte-Aligse  
Tel. 05132-5889940, Fax -823779  
eMail: schmal-ratzbor@t-online.de

Internationale Leitlinie Windenergie:  
www.dnr.de/publikationen/news/  
?id=68

## Landschaftsschutz-Konflikte mit Windkraft entschärfen

### Schutzgemeinschaft Deutscher Wald für bessere Windkraftanlagen-Planung

Die Nutzung der Windenergie beurteilt die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) angesichts der Zunahme des Treibhauseffektes und der Endlichkeit fossiler Brennstoffe als sehr sinnvoll. Der Verein hat Anfang Dezember eine verbesserte Planung von Windkraftanlagen gefordert, um Konflikte im Bereich des Landschaftsschutzes möglichst im Vorfeld auszuschließen.

Die SDW sprach sich für eine Abwägung der Situation vor Ort aus. Natürlich müssten in der Flächennutzungs- und Bebauungsplanung die Belange der Natur- und Landschaftsschützer und die Bedenken und Anregungen der Anwohner berücksichtigt werden, wenn neue Windkraftanlagen geplant werden. Außerdem dürften Windkraftträder nur in Zonen errichtet werden, in denen die Windhäufigkeit einen wirtschaftlichen Betrieb rechtfertigt.

### Artenschutzgebiete unantastbar

Gebiete, die für den Artenschutz von großer Bedeutung sind, müssten schon aufgrund der kommunalen Planungsvorgaben unangetastet bleiben. Schließlich sollte auch die Landschaftsästhetik in besonderer Weise Berücksichtigung finden. Kritiker von Windkraftanlagen aus Gründen des Landschaftsschutzes sollten sich nach Meinung der SDW bewusst sein, dass die umweltschonende Bereitstellung regenerativer Energien eine zukunftsgerichtete Alternative zur Energiegewinnung sei. (vl)

### • Weitere Informationen

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW), Meckenheimer Allee 79, 53115 Bonn  
Tel. 0228 / 9459-830, Fax -833,  
eMail: info@sdw.de  
www.sdw.de

## 100 Prozent Ökostrom in 15 Jahren

### Studie prognostiziert Wegfall von Kohle und Gaskraftwerken

Im Jahr 2020 kann nach einer Studie des Aachener "Institute for Sustainable Solutions and Innovations" vom Januar Strom allein von Erneuerbaren Energien geliefert werden. Bis dahin könnten dann alle veralteten Atom-, Kohle- und Gaskraftwerke ersetzt sein, so der Europäische Verband für erneuerbare Energien (Eurosolar), der die Studie in Auftrag gegeben hatte.

Eurosolar-Chef Hermann Scheer forderte die Energiewirtschaft auf, sich auf Investitionen für den Ausbau erneuerbarer Energien zu konzentrieren. Der Branchenverband VDEW hatte vor einem Jahr eine Studie veröffentlicht, die das Gegenteil der Eurosolar-Studie aussagt. Danach blieben die fossilen Energieträger auf Grund der "fehlenden Wirtschaftlichkeit" der erneuerbaren Energien auch im Jahr 2020 "Grundlage für die Stromerzeugung". Dem widerspricht Eurosolar. Die Aachener Studie belege, dass Wind-, Sonnen- und Bioenergie sowie Erdwärme die Strommenge ersetzen kann, die nach Abschaltung von AKW und alten Kohlekraftwerken wegfällt. Es geht um 40 Gigawatt, eine Menge, die 40 Kernreaktoren in einem Jahr produzieren.

### Grundlage für die Prognose ist das EEG

Das funktioniert laut Eurosolar nur, wenn das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) beibehalten wird. Das EEG entkräfte das Argument der nicht vorhandenen Wirtschaftlichkeit. Aber genau dieses Gesetz ist in der Studie des VDEW nicht berücksichtigt. Hermann Scheer bezeichnete die Studie deshalb als "nicht wissenschaftlich". (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Eurosolar, Kaiser-Friedrich-Str. 11, 53113 Bonn  
Tel. 0228 / 362373, Fax / 361279  
eMail: inter\_office@eurosolar.org  
www.eurosolar.org

## Zuschuss- oder Zertifikate-Modell für Ökostrom?

### Experten streiten über sinnvolle Förderung Erneuerbarer Energie

Zwischen dem Öko-Institut und Eurosolar ist ein Streit darüber ausgebrochen, wie man Ökostrom am besten fördern kann. In Deutschland gilt bisher das Prinzip des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Dieses garantiert Anbietern von Ökostrom, dass der Strom zu einem festen, Kosten deckenden Preis abgenommen wird. Beim Zertifikatmodell (auch Quotenmodell genannt) schreibt der Staat den Stromversorgern vor, einen bestimmten Anteil Strom aus Erneuerbaren Energien zu gewinnen. Für jede Kilowattstunde Ökostrom erhält dieser ein Zertifikat. Sofern der Betrieb nicht selbst produziert, kauft er sich Zertifikate von anderen.

Auslöser des Disputs ist die Beteiligung des Öko-Instituts am Renewable Energy Certificate System (RECS), dessen richtige Anwendung das Institut in Deutschland überwacht. Eurosolar wirft den Freiburger Wissenschaftlern vor, damit das EEG zu unterlaufen. Diese wiesen die Kritik zurück. Die Prüfung der beiden Modelle geschieht vor dem Hintergrund der von der EU geplanten Harmonisierung des Strommarktes.

Das Öko-Institut unterstützt auch das deutsche EEG, hält das Zertifikatmodell aber nicht für das schlechteste, wenn die Preisunterschiede zwischen Kohle- und Windkraft kleiner würden. Es gehe darum, wie man das EEG zukunftsfähig mache, hieß es. Kritiker des Zertifikatesystems verwiesen auf das Beispiel Dänemark: Dort sei der Ausbau der Erneuerbaren Energien eingebrochen, seit das Land vom Zuschuss- auf ein Quotenmodell umstieg. Die Anlagenbauer haben beim Zertifikatmodell nicht mehr die Investitionssicherheit, die die feste Vergütung des EEG ihnen gibt. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Öko-Institut Freiburg, Postfach 6226, 79038 Freiburg  
Tel. 0761-452950, Fax -475437  
www.oeko.de

## **Gentechnikgesetz: Pro und Contra aus Umweltsicht**

### **Naturschutzgebiete sind nicht gegen Gen-Pollenflug abgesichert**

Der NABU und der BUND haben das Ende November vom Bundestag beschlossene neue Gentechnikgesetz grundsätzlich gelobt, gleichzeitig aber auf Schwächen und Gefahren hingewiesen. So hält der NABU den Umwelt- und Naturschutz für den Verlierer der Gesetzesnovelle. Während der erste Entwurf für den Umwelt- und Naturschutz noch recht positiv angesehen habe, sei dieser Bereich bei der Anpassung zu einem Gesetz ohne Zustimmungspflicht des Bundesrates stark beschnitten worden, hieß es. Der Naturschutzbund sieht die direkten und indirekten ökologischen Schäden durch die Agro-Gentechnik unzureichend berücksichtigt.

In Naturschutzgebieten bestehe die Gefahr einer unberechenbaren Kontamination mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO). Denn, so die Kritik des NABU, die geplante Koexistenzvorschrift verliere kein Wort über Koexistenz mit Schutzgebieten, obwohl in der Praxis die meisten Freisetzungsanträge wegen der Naturschutzbelange und der Vorsorgepflicht für die biologische Vielfalt strittig seien. Pharmapflanzen und maßgeschneiderte Industriepflanzen bedrohten die Zusammensetzung der Pflanzenwelt und die biologische Vielfalt in nicht bekanntem Ausmaß.

### **Öffentlich zugängliches Standortregister für mehr Transparenz**

Positiv hob der BUND hervor, dass die Regierung gegen Widerstände aus Industrie, Opposition und Teilen der SPD das Verursacherprinzip bei der Haftung durchgesetzt hat. Außerdem seien die Gentech-Nutzer künftig verantwortlich, Maßnahmen gegen die Verunreinigung gentechfreier Produkte zu ergreifen. Der Verband warnte allerdings davor, das Gesetz in den folgenden Verhandlungen über den zweiten Teil wieder abzuschwächen. Das vorgesehene Standortregister der Gentech-Flächen müsse für Bauern und Anwohner leicht zugänglich sein. Das ist auch aus Sicht des NABU notwendig, damit größtmögliche Transparenz gewährleistet sei. Die Bestimmungen zur "guten fachlichen Praxis" und zur Kontrolle der Gentech-Produktion müssten die gentechnikfreie Landwirtschaft soweit wie möglich vor Verunreinigungen schützen.

### **Bauernverband will Gen-Anbau nur, wenn auch Verbraucher ihn wollen**

Den Bauern empfahl der BUND, gentechnikfreie Regionen zu gründen. Bundesweit hätten sich bereits fast 12.000 Landwirte in 50 Regionen gegen die so genannte "grüne Gentechnik" verbündet und vereinbart, keine gentechnisch veränderten Pflanzen anzubauen. Unbeabsichtigt stimmen die Umweltschützer in dieser Empfehlung mit der Interessenvertretung der Bauern überein. Der Deutsche Bauernverband (DBV) missbilligte das Gentechnikgesetz. Er hält vor allem die verschuldensunabhängige Haftungsregelung für überzogen. Der DBV betonte, dass in Deutschland nur dann in größerem Umfang gen-veränderte Kulturen angebaut würden, wenn die Verbraucherakzeptanz gegeben sei. Bleibe es bei der ablehnenden Haltung, werde es auch keinen Gen-Anbau geben. (mbu) ■

#### • **Weitere Informationen**

NABU, Gentechnikexpertin Steffi Ober, Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn  
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200  
eMail: [steffi.ober@nabu.de](mailto:steffi.ober@nabu.de)  
[www.nabu.de](http://www.nabu.de)

BUND, Gentechnikexpertin Heike Moldenhauer, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40  
eMail: [heike.moldenhauer@bund.net](mailto:heike.moldenhauer@bund.net)  
[www.bund.net](http://www.bund.net)

Deutscher Bauernverband (DBV), Godesberger Allee 142-148, 53175 Bonn  
Tel. 0228 / 8198-0, Fax -205  
eMail: [info@bauernverband.de](mailto:info@bauernverband.de)  
[www.bauernverband.de](http://www.bauernverband.de)

## **Bessere Sicherheitsforschung zur Gentechnik gefordert**

### **NABU: Einfluss von Genpflanzen auf Umwelt zu wenig untersucht**

Das bisherige Konzept der biologischen Sicherheitsforschung zur Grünen Gentechnik ist aus Sicht des NABU ungenügend. Notwendig sei ein Konzept, das auch die ökologischen Risiken des kommerziellen Anbaus gentechnisch veränderter Organismen (GVO) auf Natur und Umwelt untersuche, so die Kritik. Weltweit lägen nur wenige Studien zu den möglichen ökologischen Folgen des GVO-Anbaus vor, hieß es auf der Tagung "Grüne Gentechnik und biologische Vielfalt". Die Folge: Die europäischen Zulassungsbehörden könnten nur unzureichend bewerten, wie neue gentechnisch veränderte Pflanzen Natur und Umwelt beeinflussten.

### **Saubere Wissenschaftsdaten nur bei Trennung von Forschung und Kommerz**

Eine ökologische Sicherheitsforschung müsse finanziell und ideologisch von Industrieinteressen unabhängig sein, forderte der NABU. Es sei unverantwortlich, dass diejenigen die einen wirtschaftlichen Nutzen durch den Anbau von Genpflanzen haben, auch über die Erforschung und Bewertung der Risiken entscheiden könnten. Stattdessen müsse die begleitende ökologische Sicherheitsforschung im zuständigen Bundesforschungsministerium einen eigenen Zuschnitt bekommen.

Arzneimittelpflanzen und neue, auf die Bedürfnisse der Industrie zugeschnittene Pflanzen würden unbekannt Risiken für die Umwelt und Natur mit sich bringen. Diese könnten mit den bisherigen Konzepten nicht zufrieden stellend erfasst werden, begründete der NABU den Handlungsbedarf. (mbu) ■

#### • **Weitere Informationen**

NABU, Gentechnikexpertin Steffi Ober, Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn  
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200  
eMail: [steffi.ober@nabu.de](mailto:steffi.ober@nabu.de)  
[www.nabu.de](http://www.nabu.de)

### Einfuhrverbot für Gen-Mais bleibt vorerst bestehen

#### EU-Kommission setzt sich nicht mit Vorstoß gegen Importverbot durch

Die Bundesrepublik kann weiter im nationalen Alleingang grüne Gentechnik an ihren Grenzen aufhalten. Die EU-Kommission ist Ende November mit dem Versuch gescheitert, Importverbote einzelner Länder aufzuheben. Lediglich drei Mitgliedstaaten stimmten in Brüssel für ein Ende nationaler Einfuhrverbote.

Auch auf die europaweite Zulassung einer weiteren gen-veränderten Maissorte des Saatgutkonzerns Monsanto (MON 863) konnte sich der zuständige Fachausschuss nicht einigen. Wenn der Ministerrat in diesem Fall innerhalb von drei Monaten keinen Konsens erzielt, kann die EU-Kommission allein darüber entscheiden. Insider vermuten, dass der Mais dann zugelassen wird.

Nach Angaben der grünen Europaabgeordneten Hiltrud Breyer hat Deutschland der Zulassung von MON 863 zugestimmt, obwohl es bei dieser Sorte im Tierversuch nachweisbare Krankheitssymptome gegeben habe. Eine andere wissenschaftliche Expertise habe diese Ergebnisse widerlegt, hieß es hingegen aus deutschen Delegationskreisen. Die EU-Kommission sieht in nationalen Einfuhrverboten einen Vorstoß gegen geltendes EU-Recht und könnte nach Ansicht von Experten den Fall vom Europäischen Gerichtshof in Luxemburg klären lassen. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Hiltrud Breyer, Europäisches Parlament, Rue Wiertz, B-1047 Brüssel  
Tel. 00322 / 284-5287, Fax -9287  
eMail: hbreyer@europarl.eu.int  
www.hiltrud-breyer.de

### Gentech-Pflanzen blieben hinter Erwartungen zurück

#### Einsatz von Pestiziden nicht vermindert

Das Münchner Umweltinstitut hat Ende 2004 eine nüchterne Bilanz der Grünen Gentechnik gezogen. Zehn Jahre nach der Zulassung des ersten genetisch veränderten Lebensmittels, der "Antimatschtomate", sind nach einem Bericht des Instituts viele angekündigte Verbesserungen, wie z.B. die Pestizid-Reduktion, nicht eingetreten.

Nach Informationen des Biotech-Net mussten bereits sechs Jahre nach dem ersten Anbau der genetisch veränderten Pflanzen 13 Prozent mehr Pestizide versprüht werden als zuvor. Auch der insektenresistente Bt-Mais, der selbst ein Insektengift produziert, führte nicht zu einem geringeren Einsatz von Pestiziden. Beim Raps ist es laut Biotech-Net sogar durch Kreuzung dazu gekommen, dass die Pflanze selbst zu einem hartnäckigen Unkraut wurde, das gegen alle Totalherbizide resistent geworden ist.

#### Erträge geringer als erwartet

Zu den größten Enttäuschungen zählt die angebliche Ertragssteigerung der Gentechnik. Sowohl bei Soja als auch bei Raps und Zuckerrüben lagen die Erträge zwischen fünf und zehn Prozent unter den konventionellen Anbaumethoden. Am schlimmsten war der Einbruch bei der transgenen Bt-Baumwolle in Indien: die Erträge brachen um 75 Prozent ein, die Qualität der Fasern war minderwertig. Nach Berechnungen des Saatgutherstellers Syngenta droht den Bauern außerdem ein Wertverfall von fast 20 Prozent pro Hektar Ackerland beim Auftreten resistenter Ackerkräuter. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Umweltinstitut München, Landwehrstr. 64a, 80336 München  
Tel. 089 / 307749-0, Fax -20  
eMail: info@umweltinstitut.org  
www.umweltinstitut.org

### Keine Gen-Bäume für den Klimaschutz

#### Umweltschützer verfassten Petition gegen Gen-Forstplantagen

Die Umweltschutzorganisation Robin Wood hat Bundesumweltminister Jürgen Trittin aufgefordert, sich für ein weltweites Verbot genmanipulierter Bäume einzusetzen. Damit unterstützt der Verband gemeinsam mit 300 weiteren Organisationen eine entsprechende Petition, die bei der Klimakonferenz in Buenos Aires vergangenen Dezember diskutiert wurde.

Die Vertragsstaaten des Kioto-Protokolls hatten bei ihrer Konferenz in Mailand Ende 2003 beschlossen, genveränderte Bäume als so genannte Kohlendioxid-Senken anzuerkennen. Industriestaaten könnten demnach - anstatt ihren Ausstoß an klimaschädlichen Gasen zu reduzieren - Forstplantagen mit genmanipulierten Bäumen in den Ländern des Südens anlegen. Diese Anpflanzung würde mittels des "Clean Development"-Mechanismus positiv als Klimaschutzmaßnahme angerechnet.

#### Industrielle Aufforstung schadet Ökosystem in Entwicklungsländern

Die meisten Umweltverbände lehnen diesen Ansatz ab. Ein solches Freilandexperiment habe unabsehbare Risiken für die Biosphäre, so Robin Wood zur Begründung. Typische Eigenschaften der Gen-Bäume wie Sterilität und Insektenresistenz könnten auf die natürlichen Waldbäume übergehen und das Ökosystem massiv stören. Auch ohne genmanipulierte Bäume seien industrielle Forstplantagen eine schlechte Lösung für das Klimaproblem. In den ärmeren Ländern hätten industrielle Baumplantagen in der Vergangenheit zu ökologischen Desastern etwa durch Grundwasserabsenkungen geführt. Sie raubten den Menschen vor Ort den Boden, den sie dringend für den Anbau von Lebensmitteln brauchen. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Robin Wood, Langemarckstr. 210, 28199 Bremen  
Tel. 0421 / 5982-88, Fax -872  
eMail: info@robinwood.de  
www.robinwood.de

### Neue Studie: Alpenpolitik in Deutschland

#### Bund Naturschutz in Bayern fordert mehr Alpenschutz

Anlässlich der Vorstellung der Studie "Alpenpolitik in Deutschland - Anspruch und Realität" Anfang Dezember hat der Bund Naturschutz in Bayern den Rückgang des Alpenschutzes "durch das ökonomische Diktat und das Credo der Wettbewerbsfähigkeit" kritisiert. Der Verband fordert die Einführung einer Prämie für Flächen in NATURA-2000-Gebieten, die strikte Einhaltung des Grundsatzes "Wald vor Wild" in allen Wäldern und die Verabschiedung eines Protokolls "Wasser" in der Alpenkonvention.

#### Güterverkehr soll verlagert werden

Um die Berglandwirtschaft zu fördern, sollte nach Ansicht des Naturschutzverbandes die Almwirtschaft nur bei Verzicht von Pestiziden und Kunstdünger Zusätze von der EU erhalten und die "Grünlandprämie" schneller erhöht werden. Des Weiteren kommt es laut Studie aufgrund des Urlaubs- und Freizeitverkehrs zu großen Lärmbelastungen und starker Ozonbildung in Bergtälern. Aber auch der Güterverkehr trage zur Verschlechterung bei. Der Verband fordert deshalb ein alpenweites Höchstkontingent für Transitfahrten. Außerdem solle der Neu- oder Ausbau von Fernstraßen gestoppt und die "Flächenversorgung" mit Bus und Bahn verbessert werden.

#### Erneuerbare Energiegewinnung

Die Alpen böten gute Voraussetzungen für den Ausbau erneuerbarer Energien wie Photovoltaik, Solarthermie oder Energiegewinnung aus Holz und Biogas, so der Bund Naturschutz. Einen wichtigen staatlichen Anreiz gäben das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die Initiative "Solarstrom vom Watzmann bis zum Wendelstein". (db) ■

#### • Weitere Informationen

Bund Naturschutz in Bayern, Dr. Johann-Maier-Str. 4, 93049 Regensburg  
Tel. 0941 / 29720-0, Fax -30  
eMail: [info@bund-naturschutz.de](mailto:info@bund-naturschutz.de)  
[www.bund-naturschutz.de](http://www.bund-naturschutz.de)

### Jahresumweltbilanz 2004

#### NABU und BUND kritisieren Klima- und Verkehrspolitik

Während der NABU eine aktivere Natur- und Umweltschutzpolitik für das Jahr 2005 fordert, kritisiert BUND parteipolitisch motivierte Blockaden im Bundesrat, die im vergangenen Jahr notwendige Reformen im Tier- und Umweltschutz verhindert haben. Der Waldzustandsbericht verdeutlicht nach Ansicht des NABU die Notwendigkeit einer ökologischen Waldwirtschaft. Des Weiteren befürchten beide Verbände, dass Deutschland bald seine Vorbildfunktion in Sachen Klimaschutz verlieren werde. Das zeigten die Abschwächung der Umweltziele für die Industrie beim Emissionshandel, aber auch die Untätigkeit der Regierung bei der ökologischen Neuausrichtung der Verkehrspolitik.

Positiv seien die Verabschiedung des neuen Gentechnikgesetzes und die nationale Umsetzung der EU-Agrarreform zu bewerten. Trotzdem drohe gerade den Naturschutzgebieten eine Kontamination mit gentechnisch veränderten Organismen. Nach Ansicht des BUND sei ein Gesetz zur Endlagersuche für den Atommüll dringend notwendig. Außerdem müsse der Biotopverbund "Grünes Band" bewahrt und die "NATURA 2000" erweitert werden. Der NABU verlangte zudem eine schnellere Umsetzung des Bundesnaturschutzgesetzes in Landesrecht und wies damit auch auf den drastischen Abbau von Naturschutzleistungen hin, den es aufzuhalten gelte. Erfreulich ist laut NABU und BUND die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, was zu einem neuen Aufschwung für die Stromerzeugung aus Sonne, Wind und Biomasse führen dürfte. (db) ■

#### • Weitere Informationen

BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40  
eMail: [bund@bund.net](mailto:bund@bund.net)  
[www.bund.net](http://www.bund.net)

NABU, Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn  
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200  
eMail: [nabu@nabu.de](mailto:nabu@nabu.de)  
[www.nabu.de](http://www.nabu.de)

### Öko-Dumping in Kommunen

#### Städte sparen auf Kosten der Umwelt

Immer häufiger werden aus Kostengründen öffentliche Dienstleistungen in private Hände gegeben. Darunter leidet unter Umständen die ökologische Qualität. Zusätzlich führt die EU-weite Ausschreibung solcher Leistungen teilweise zu sehr langen Transportwegen. Umweltverbände seien jedoch nicht grundsätzlich gegen die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, betont Carl Scherrer, Sprecher des BUND in Hessen. Dennoch sollte, anstatt sich das Mittagessen für Kinder in Tagesstätten von einem privaten Billiganbieter aus Tschechien liefern zu lassen, besser die Region gestärkt werden.

Mittlerweile ist es laut Angela Hanisch, stellvertretende Vorsitzende des Umweltausschusses und Vize-Fraktionsvorsitzende der Grünen, möglich, bei Ausschreibungen bestimmte ökologische sowie soziale Standards zu setzen. Da die mangelnde Ausbildung des Personals von Billiganbietern zu Umwelt- und Sicherheitsrisiken führt, sehen sich die Kommunen immer mehr zum Handeln gezwungen.

#### Probleme auch mit Alternativen

So hat man beispielsweise in Frankfurt für die Privatisierung kommunaler Buslinien strenge ökologische Vorgaben gesetzt. Dabei sei man allerdings auf andere Umweltprobleme gestoßen, berichtet Angela Hanisch. Für die teilweise engen Straßen seien spezielle Kleinbusse für den Linienverkehr erforderlich. Auf dem Markt seien jedoch keine umweltfreundlichen Fahrzeuge mit besonders niedrigen Abgaswerten zu bekommen. (db) ■

#### • Weitere Informationen

Bündnis 90/Die Grünen, Angela Hanisch, Bethmannstraße 3, 60311 Frankfurt  
Tel. 069 / 314109  
eMail: [angela.hanisch@gmx.de](mailto:angela.hanisch@gmx.de)

### Bildungsworkshop für pädagogisches Fachpersonal

#### Bildung für nachhaltige Entwicklung auf den Weg bringen

Der DNR hat im Oktober 2004 einen weiteren Bildungsworkshop durchgeführt und damit im Rahmen des Projektes "Nachhaltigkeit und zivilgesellschaftliche Partizipation" die Diskussion über Bildung für nachhaltige Entwicklung (BfNE) fortgesetzt. Unter dem Motto "Bildung für Nachhaltige Entwicklung - neuer Bildungsauftrag für Erzieher/innen und Lehrer/innen" stand diesmal die Frage im Mittelpunkt, was sich an der Ausbildung von Erzieher/innen und Lehrkräften ändern muss, um eine Bildung für nachhaltige Entwicklung im Bildungssystem zu verankern.

Maik Adomßent und Marco Rieckman vom Institut für Umweltkommunikation der Universität Lüneburg berichteten in ihrem Vortrag über ihr Modellprojekt zur Fortbildung von Multiplikator/innen im Elementarbereich. Im Auftrag des schleswig-holsteinischen Umweltministeriums entwickelten die Wissenschaftler ein Seminar-konzept, das sich an Lehrer/innen von Fachschulen für Sozialpädagogik, Leiter/innen von Kindertageseinrichtungen und Fachberater/innen von Kindertagesstätten richtet. Die Teilnehmenden sollten Möglichkeiten für BfNE in ihren eigenen Einrichtungen ausloten und nach Abschluss des Seminars als Multiplikator/innen wirken. Dazu war zunächst eine Auseinandersetzung der Seminar-Teilnehmenden mit dem - für sie meist absolut neuen - Thema der nachhaltigen Entwicklung notwendig. Erst in der zweiten Seminarhälfte wurden Grundlagen für organisatorische Veränderungen und Ökologisierungprozesse in Bildungseinrichtungen thematisiert.

In einer anschließenden Podiumsdiskussion ging es um die Frage, was sich am Betreuungssystem und an der Ausbildung von Erzieher/innen ändern muss, um BfNE zu etablieren. Es diskutierten Klaus Hübner (DNR), Franz Hinterstoißer (Bayerisches Umweltministerium), Margret Langenmayr (Leiterin der Caritas-Fachakademie für Sozialpädagogik München) und Barbara Benoist (Referentin für den Elementarbereich im Landesbund für Vogelschutz/LBV).

Grundsätzlich sei zu begrüßen, dass mit der aktuellen Debatte ein Bildungsauftrag

von den Kindertageseinrichtungen gefordert wird, in der Praxis stehe allerdings immer noch die Betreuung, nicht die Bildung der Kinder im Mittelpunkt, so der Tenor der Diskussion. Grundsätzlich fehle es im Bildungssystem noch an einem Bewusstsein für Nachhaltigkeit und für die Bedeutung der BfNE. Deshalb würden Einzelaspekte der BfNE, die beispielsweise durchaus im bayerischen Bildungsplan und in der Erzieher/innen-Ausbildung vorhanden seien, nicht zu einem Gesamtkonzept zusammengeführt. In Fortbildungen zur BfNE sollten unbedingt die Verbindungen zwischen BfNE und den zu entwickelnden kindlichen Kompetenzen sowie den festgelegten Förderschwerpunkten hervorgehoben werden. Verfechter der BfNE sollten die Synergieeffekte stärker propagieren.

Auch eine persönliche Identifikation mit dem Thema sei besonders wichtig, deshalb sollten angehende Erzieher/innen sowohl im Studium als auch in den Praktika die Möglichkeit zu einer persönlichen Auseinandersetzung mit BfNE erhalten. Dringend geboten sei auch eine Bewusstseinsänderung bei den Leiter/innen der Fachhochschulen und die Entwicklung von Ausbildungskonzepten, bei denen beispielsweise Wertvermittlung, Kooperation und Ökologie im Vordergrund stehen.

Im zweiten Teil des Workshops lag der Schwerpunkt auf dem schulischen Bereich. Zunächst stellte Hans-Werner Fuchs von der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg die Ergebnisse der PISA Studie 2003 und die daraus abgeleiteten Konsequenzen vor. Die bereits begonnene Erarbeitung von Bildungsstandards ist eine der Maßnahmen, die von der Kultusministerkonferenz (KMK) festgelegt wurde, um die ermittelten Bildungsdefizite zu beheben.

Dem Vortrag folgte eine weitere Podiumsdiskussion, an der Norbert Reichel (Schulministerium Nordrhein-Westfalen), Marianne Demmer (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft), Wilfried Steinert (Bundeselternrat) und Marion Loewenfeld (Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung) teilnahmen. PISA habe zwar eine wichtige Debatte angestoßen, Bildung für nachhaltige Entwicklung werde hierbei aber nur unzureichend thematisiert. Weder die OECD (Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) noch die Bundesregierung diskutierten beispielsweise die von der OECD festgelegten

Bildungsziele "demokratisch handeln können", "sich im Rahmen der Menschenrechte bewegen können" und "sich an Nachhaltigkeit orientieren können", kritisierten die Diskussionsteilnehmer/innen. Die KMK habe es sogar versäumt, mit dem Entwurf der Bildungsstandards eine naturwissenschaftliche Grundbildung festzulegen. Es fehle eine grundsätzliche nationale Debatte über Bildungsziele.

Generell müsse das Lehramtsstudium eine fundierte pädagogische Ausbildung bieten, die sich an der Individualität von Kindern orientiert und somit Lehrkräfte in die Lage versetzt, individuelle Lernwege zu erkennen und zu leiten. Die Vermittlung von Lern- und Lehrmethoden sollte im Vordergrund stehen. Fortbildungen müssten einen viel höheren Stellenwert erhalten als bisher und die Rahmenbedingungen (z. B. Finanzierung) für eine Kooperation zwischen Schule und außerschulischen Bildungsträgern müssten verbessert werden.

Auf der politischen Ebene sei entscheidend, dass die Förderung der BfNE nicht nur von Umwelt- sondern auch von Bildungs- und Sozial- bzw. Kultusministerien ausgehe. In interministeriellen Arbeitsgruppen sollten sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene Konzepte für BfNE erarbeitet werden. Umweltverbände könnten neben ihren Bildungsangeboten auch dadurch einen Beitrag zur Etablierung von BfNE leisten, in dem sie sich immer wieder in die bildungspolitische Debatte einmischen. Der DNR wird die auf dem Workshop diskutierten Empfehlungen und Forderungen sowohl im Rahmen des Nachhaltigkeitsprozesses als auch durch seine Mitarbeit im Nationalkomitee für die UN-Dekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung" in die politische Debatte einbringen.

Gastautorin: Annette Littmeier, DNR

#### • Weitere Informationen

DNR, Annette Littmeier, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-88, Fax -80  
eMail: [annette.littmeier@dnr.de](mailto:annette.littmeier@dnr.de)  
[www.nachhaltigkeits-check.de](http://www.nachhaltigkeits-check.de)

Eine Dokumentation des Workshops kann kostenlos beim DNR anfordert werden.

## Keine Öko-Steuer für die Industrie

### Grüne legen Konzeptentwurf für eine ökologische Finanzreform vor

Im Januar hat der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen Reinhard Loske einen Konzeptentwurf für eine ökologische Finanzreform vorgelegt. Der Entwurf umfasst den Abbau umweltschädlicher Subventionen, das Setzen steuerlicher Anreize für umweltfreundliches Verhalten und die Weiterentwicklung der bisherigen ökologischen Steuerreform.

Auf Bahntickets im Fernverkehr soll nur noch der halbe Mehrwertsteuersatz erhoben und die Steuerprivilegien für den Flugverkehr abgeschafft werden. Des Weiteren sieht das Konzept vor, die Kraftfahrzeugsteuer nicht mehr nach Hubraum, sondern nach Verbrauch und Kohlendioxid ausstoß berechnen zu lassen. Eine weitere Senkung der Entfernungspauschale sei ebenso notwendig wie eine Steuerentlastung für Erdgas. Zudem soll die Öko-Steuer künftig für das produzierende Gewerbe erhoben werden, während Anlagen, die unter den Emissionshandel fallen, längerfristig befreit werden sollten.

### Unterschiedliche Gesichtspunkte

Bei einer Reform der Öko-Steuer geht es nach Ansicht von Loske nicht um eine pauschale Erhöhung, sondern um gezielte Anreize. Laut Joachim Poß, Vize-Fraktionsvorsitzender der SPD, sieht die Koalitionsvereinbarung eine Überprüfung der Ökosteuer vor. Kritik gab es dagegen von der CSU. Hans Michelbach warnte vor einem "neuen Belastungsprogramm für Wirtschaft und Verbraucher". Dagegen ist es für den grünen Verkehrspolitiker Albert Schmidt "eine der wichtigsten Aufgaben dieses Jahrhunderts, die Abhängigkeit der Wirtschaft vom Rohstoff Öl schrittweise zu verringern". (db) ■

### • Weitere Informationen

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Dr. Reinhard Loske MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel. 030 / 2277-1645, Fax -6307  
eMail: reinhard.loske@bundestag.de  
www.loske.de

## Kaum Fortschritte zu mehr Nachhaltigkeit

### Verbände: Regierung riskiert umweltpolitische Glaubwürdigkeit

Im Januar haben die Umweltverbände DNR, BUND und NABU die Bundesregierung vor einem Stillstand in der Umweltpolitik bis zur nächsten Bundestagswahl gewarnt. Es sei ein Armutszeugnis, dass sich die Regierung im Umweltsektor lediglich auf eine bessere Wärmedämmung von Gebäuden verständigen könne. Für den Klimaschutz sei dies nicht ausreichend. Auch der Fortschrittsbericht zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie enthalte kaum noch konkrete Aussagen für mehr Umwelt- und Naturschutz. Er thematisiere nicht den offensichtlichen Widerspruch zwischen einer allein auf Wachstum ausgerichteten Wirtschaftspolitik und dem Schutz der Umwelt, so ein Fazit des Projekts Nachhaltigkeitsstrategie des DNR.

Vor allem die SPD verliere in Sachen Umwelt und Nachhaltigkeit ihre Glaubwürdigkeit. Mehrfach habe sie zugesichert, ökologische Finanzpolitik, Bildung und Erhalt der biologischen Vielfalt zu Schwerpunkten ihrer Politik zu machen. Der Regierung fehle jedoch der Mut nachhaltig zu wirtschaften. Sie lasse die Bedürfnisse künftiger Generationen unter den Tisch fallen, erklärte Hubert Weinzierl, Präsident des DNR.

Nach Ansicht der BUND-Vorsitzenden Angelika Zahrt, hat die Bundesregierung die Vorhaben aus ihrer Nachhaltigkeitsstrategie wie die Einführung einer Kerosinsteuer und die Halbierung der Mehrwertsteuer für Bahntickets aufgegeben. Des Weiteren könne keine Entwicklung bei der ökologischen Finanzreform festgestellt werden. NABU-Präsident Olaf Tschimpke forderte, der Erarbeitung einer Biodiversitätsstrategie höchste Priorität einzuräumen. Diese müsse wie ursprünglich vorgesehen Bestandteil des Fortschrittsberichts 2006 werden und in den verschiedenen Politikbereichen als Querschnittsthema integriert sein. (db) ■

### • Weitere Informationen

DNR, Projekt Nachhaltigkeitsstrategie, Annette Littmeier, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-88, Fax -80  
eMail: annette.littmeier@dnr.de  
www.nachhaltigkeits-check.de

## Informationsfreiheitsgesetz auf Probe

### Einsicht in Unterlagen öffentlicher Stellen: Viele Ausnahmen im Entwurf

Die Vorlage des Entwurfs eines Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) ist im Dezember letzten Jahres im Bundestag in erster Lesung beraten worden. Ein Bündnis aus Journalist/innen-Organisationen, Transparency International und der Humanistischen Union hatten schon im vergangenen Jahr einen Gesetzentwurf für das von der Regierung lang versprochene Informationsfreiheitsgesetz ausgearbeitet und diesen im letzten Frühjahr Bundestagspräsident Wolfgang Thierse übergeben.

Laut Gesetzentwurf hat jeder das Recht, ohne Antragsbegründung oder persönliche Betroffenheit Unterlagen öffentlicher Stellen einzusehen oder Informationen daraus anzufordern. Falls die Behörde der Meinung ist, Informationen aufgrund von Ausnahmeklauseln nicht herausgeben zu müssen, muss sie dies begründen. Dennoch sieht der Entwurf viele Ausnahmen zum Schutz von "besonderen öffentlichen Belangen" vor. Es besteht etwa kein Anspruch auf Informationszugang, wenn das Bekanntwerden der Information die öffentliche Sicherheit gefährden kann. Außerdem soll nach Wunsch von Innenminister Otto Schily der gesamte Bereich der Bundeswehr geheim bleiben.

Kritiker sehen durch die vielen Beschränkungen eine echte Informationsfreiheit gefährdet. Die Verweigerung der Akteneinsicht muss nach Ansicht des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen Ausnahme und nicht Regel sein. Das Gesetz soll nach Inkrafttreten erst einmal fünf Jahre gelten und während dieser Zeit vom Bundestag ausgewertet werden. (db) ■

### • Weitere Informationen

Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Markgrafenstr. 66, 10969 Berlin  
Tel. 030 / 25800-0, Fax -518  
eMail: info@vzbv.de  
www.vzbv.de

Transparency International - Deutsches Chapter, Alte Schönhauser Straße 44, 10119 Berlin  
Tel. 030 / 549898-0, Fax -22  
eMail: office@transparency.de  
www.transparency.de

### "Gesetz zum Bürokratieabbau" abgelehnt

#### Trittin: Bundesrat will Umweltschutz schwächen

Umweltminister Jürgen Trittin hat dem Bundeskabinett geraten eine Gesetzesinitiative zum Bürokratieabbau des Bundesrats vom Januar abzulehnen. Sie sei EU-rechtswidrig und nicht mit dem Grundgesetz zu vereinbaren, so Trittin. Die Gesetzesinitiative zielt auf eine Senkung von Umweltstandards und den Abbau von Bürgerrechten ab.

Die Vorschläge des Bundesrats sehen unter anderem eine geringere Beteiligung der Öffentlichkeit bei Genehmigungsverfahren nach dem Immissionsschutz- und Abfallrecht vor. Außerdem sollen Schwellen- und Prüfwerte für die Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung entweder angehoben oder sogar abgeschafft werden. Der Bundesumweltminister betonte, dass diese Vorschläge im eklatanten Widerspruch zum europäischen Recht stehen. "Die Stärkung des Umweltschutzes und der Bürgerrechte ist ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung und der Europäischen Union."

#### Integration in Gesetzentwurf der Regierung möglich

Im Rahmen ihrer "Initiative Bürokratieabbau" verfolgt die Bundesregierung konstruktiv das Ziel des Bürokratieabbaus u.a. mit einem eigenen Gesetzentwurf. Damit sollen Vorschläge zu Bürokratieabbau und Deregulierung aus den Regionen umgesetzt werden. Einzelne Vorschläge des Bundesrats könnten in andere geeignete Gesetzgebungsvorhaben integriert werden, schlug Trittin vor. Ein eigenständiges Gesetz sei dafür aber nicht notwendig. (db) ■

#### • Weitere Informationen

Bundesumweltministerium, Alexanderplatz 6, 10178 Berlin  
Tel. 01888 / 305-0, Fax -4375  
www.bmu.de

### Lesenswert, sehenswert

#### BUND-Jahrbuch "Ökologisch Bauen und Renovieren 2005"

Mit den Schwerpunkten Energiesparen und umweltgerechte Sanierungen hat der BUND, Landesverband Baden-Württemberg, im Dezember sein neues Jahrbuch "Ökologisch Bauen und Renovieren 2005" herausgebracht. Es veranschaulicht, dass Sanierungen und das Nutzen bereits bestehender Gebäude zwei effektive Möglichkeiten sind, die den Flächenverbrauch stoppen und Schadstoffausstoß verringern können. Von der Planung bis zur Einrichtung von Gebäuden enthält das Buch bau-ökologische Grundlagen und praktische Tipps für alle Phasen des Bauens oder Renovierens und ist in fünf Bereiche gegliedert: Musterhäuser, Planung/Finanzierung, Gebäudehülle, Haustechnik und Innenausbau/Gestaltung. Dabei ist es leicht verständlich geschrieben und enthält viele Beispiele und Anregungen für die Praxis sowie Literatur- und Internethinweise als Orientierungshilfe. (db)

BUND-Jahrbuch Ökologisch Bauen und Renovieren 2005; 7,90 Euro, Bezug: BUND, Landesgeschäftsstelle Stuttgart, Paulinenstr. 47, 70178 Stuttgart, Tel. 0711 / 620306-0, Fax -77, eMail: bund.bawue@bund.net

Ziel-Marketing, Hauptstätterstr. 57, 70178 Stuttgart, Tel. 0711 / 96695-0, Fax -20, eMail: info@ziel-marketing.de

#### Leerstandsentwicklung in Städten aus ökologischer Sicht

In den nächsten 20 Jahren wird es nicht nur überwiegend in strukturschwachen Gebieten leerstehende Wohnungen und Gebäude geben, sondern der Leerstand wird sich im gesamten Bundesgebiet in einzelnen teilstädtischen Räumen zu einem dauerhaften Problem entwickelt haben. Die ökologische Dimension des Problems wird bisher kaum thematisiert. In dem Buch "Stadtumbau und Leerstandsentwicklung aus ökologischer Sicht" wird die veränderte Nachfrage am Wohnungsmarkt gezeigt und die Auswirkungen auf Städte und Wohngebiete analysiert. Die Autoren stellen dafür die Entwicklung an zahlreichen Beispielen aus ostdeutschen Städten dar. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen dabei in erster Linie umweltrelevante Aspekte der Flächen-, Energie und Rohstoffnutzung. Das Buch richtet

sich sowohl an Städtebauer, Politiker und Architekten als auch an Beschäftigte in Umweltämtern und der kommunalen Verwaltung. (db)

Clemens Deilmann, Karin Gruhler, Ruth Böhm: Stadtumbau und Leerstandsentwicklung aus ökologischer Sicht, ökom Verlag, München 2005, ca. 100 Seiten, 19,50 Euro, ISBN 3-936581-71-1

#### Film über den Flächenverbrauch

Die vom Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg (LNV) produzierte Filmreportage "Ende im Gelände" versucht das aktuelle Problem des Flächenverbrauchs darzustellen und bilanziert anhand von Beispielen die Auswirkungen auf den Naturhaushalt und die Lebensqualität der Bevölkerung. Dabei werden Hintergründe beleuchtet und Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt. Mit dem Film will der LNV seine Kampagne gegen den Flächenverbrauch fortsetzen sowie der Öffentlichkeit und Politik neue Impulse geben. (db)

"Ende im Gelände"; DVD, 7,50 Euro; Bezug ab April: Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg, Olgastr. 19, 70182 Stuttgart, Tel. 0711 / 248955-20, Fax -30, eMail: info@lnv-bw.de www.lnv-bw.de ■

## Naturschutzprojekt "Lausitzer Seenland" gescheitert

### Sächsisches Kabinett entscheidet sich gegen DUH

Nach der Entscheidung des sächsischen Kabinetts im Dezember ist das "Lausitzer Seenland", eines der größten deutschen Naturschutzprojekte, gescheitert. Die mehr als 3.000 ha große Fläche bei Hoyerswerda soll nun doch nicht wie geplant an die Lausitzer Seenland gGmbH verkauft werden, die 2001 gemeinsam von der Deutschen Umwelthilfe (DUH) und dem Naturschutzinstitut Dresden (NSI) gegründet worden ist.

Als vorgesehener Projektträger wollte die DUH naturnahe Rekultivierung der früheren Braunkohletagebaue, Tieransiedlung und sanften Tourismus miteinander verbinden. Stattdessen soll das Lausitzer Seenland an den kommunalen Zweckverband Elstertal gehen, der laut DUH weder über Erfahrungen im Naturschutz verfügt, noch solche Absichten in seiner Satzung vorsieht.

### Projektträgerschaft immer noch möglich

Die DUH fordert nun geleistete Spendengelder und sonstige Kosten von der sächsischen Regierung zurück, um sie anderweitig nutzen zu können. Auch das BMU wird seine Fördermittel von über 300.000 Euro für die Vorbereitungsphase zurückverlangen. Nach Ansicht des sächsischen Umweltministeriums kann die DUH trotzdem das Projekt durchführen, auch wenn sie nicht Eigentümerin ist. Die DUH lehnte dies jedoch ab, das sie neue Vorwände befürchtet. (db) ■

### • Weitere Informationen

Lausitzer Seenland gGmbH, Jürgen Rosmund, Am Anger 36, 02976 Elsterheide-Bergen  
Tel. 03571 / 60485-0, Fax -1  
eMail: lausitzer-seenland@t-online.de

## Föderalismuskommission ohne Ergebnis

### Naturschutzverbände kritisieren Geldverschwendung

Das Scheitern der Föderalismuskommission Mitte Dezember hat nach Ansicht der Naturschutzverbände die sinnlose Verschwendung von Steuergeldern zur Folge. Die fehlende Kompromissbereitschaft von Bund und Ländern habe notwendige Reformen im gesamten Umweltrecht verhindert. Der Naturschutzbund wirft der Kommission außerdem vor, die Naturschutzgesetzgebung nicht zufriedenstellend neu und sachgerecht verteilt zu haben. Durch eine zielgerichtete und zeitige Diskussion hätte es zu einer Einigung zwischen Bund und Ländern kommen können.

### Umweltgesetzbuch: Große Chance vertan

Obwohl auch von Seiten der Regierung auf die Notwendigkeit eines Umweltgesetzbuches hingewiesen worden ist, sei auch dieses aufgrund der Uneinigkeiten verhindert worden. Ein solches Umweltgesetzbuch hätte zur Verschlinkung und Zusammenfassung des derzeitigen Umweltrechts beitragen können. Die Chance zu größerer Europatauglichkeit der deutschen Verfassung, Bürokratieabbau und der Beschleunigung von Genehmigungsverfahren sei mit dem Versagen der Föderalismuskommission vertan worden. (db) ■

### • Weitere Informationen

NABU, Rechtsexpertin Dr. Susanne Creutzig, Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn  
Tel. 0228 / 4036-167, Fax -200  
eMail: susanne.creutzig@nabu.de  
www.nabu.de

## Managementplanung für FFH-Gebiete

### BDLA fordert mehr konzeptionelle Naturschutzmaßnahmen

Mit der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU hat sich Deutschland dazu verpflichtet, zur Erhaltung europaweit bedeutender Arten und Lebensräumen beizutragen. In den Bundesländern wird diese Richtlinie zurzeit zum Teil sehr unterschiedlich umgesetzt. Bisher stehen dabei Fragen der Datenerhebung und -bewertung im Vordergrund. Nach Ansicht des Bundes Deutscher Landschaftsarchitekten (BDLA) sind diese zwar notwendig, jedoch sollten vor allem konzeptionelle Maßnahmen wie z.B. die Erhaltung oder Wiederherstellung von Vogelschutzgebieten, Grundgedanke der notwendigen Managementpläne sein.

Klassische Pflege- und Entwicklungspläne hätten in der Vergangenheit u. a. wegen oft schlechter Umsetzung zu Kritik bei Fachleuten geführt. Im Gegensatz dazu sei es durch die FFH-Managementplanung möglich, erkannte Mängel bei der Umsetzung zu beheben und mehr Akzeptanz für die Anliegen des Naturschutzes durch ein anderes Vorgehen zu erreichen, so der BDLA. Dafür sei aber die Unterstützung von Landnutzern und Kommunen erforderlich. (db) ■

### • Weitere Informationen

Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (BDLA) e. V., Bundesgeschäftsstelle, Köpenicker Str. 48/49, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 278715-12, Fax -55  
eMail: mario.kahl@bdla.de  
www.bdla.de

## Referentenentwurf für ein Bundeswaldgesetz vorgelegt

### Natürliche Waldform soll wiederhergestellt werden

Anfang Januar hat das Landwirtschaftsministerium einen Referentenentwurf für ein Bundeswaldgesetz vorgelegt, welches eine natürliche Verjüngung im Wald und weniger Zucht sowie die Förderung von Mischwald vorsieht. Umweltschützer/innen befürworten den neuen Entwurf, der Forderung nach einem neuen Bundeswaldgesetz sei die Regierung aber bis jetzt immer noch nicht nachgekommen. Helmut Klein, Waldexperte des BUND, äußerte die Ansicht, dass es nicht darum gehe überall Mischwald zu pflanzen, sondern die natürliche Waldform wieder herzustellen.

Laut Gesetzentwurf sollen Kahlschläge sowie der Einsatz von chemischen Stoffen oder schweren Maschinen verboten, dafür eine natürliche Aussaat und die Entstehung von Mischwäldern gefördert werden. Das Agrarministerium bestätigte zudem ein Verbot, das den Besitz und die Vermarktung von illegal geschlagenem Holz aus den Urwäldern betrifft. Nach Ansicht von Umweltschützer/innen und Ministerium muss man für einen naturnahen Wald auf die Aufzucht von Bäumen in der Baumschule verzichten. Stattdessen sollte man eine natürliche Aussaat fördern und den Bestand an Schalenwild senken, die die jungen Bäume abknabbern. (db) ■

### • Weitere Informationen

BUND, Waldexperte Helmut Klein, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40  
eMail: bund@bund.net  
www.bund.net

## Diskussion um Kohlenstoffsenken

### Aufforstung als Klimaschutz - Auch eine Möglichkeit für Deutschland?

Mit Ratifizierung des Kioto-Protokolls haben sich die Industriestaaten dazu verpflichtet ihre Emissionen aus der Verbrennung von Kohle und Erdöl zu senken. Laut Vertragstext ist dies auch mit Hilfe von so genannten Kohlenstoffsenken möglich. Dazu sind jedoch komplizierte Verfahren nötig, die eine "Versenkung" von Kohlenstoff aus der Atmosphäre durch land- oder forstwirtschaftliche Maßnahmen nachweisen können.

Bei einer Anhörung am 12. Oktober 2004 im Verbraucherministerium in Bonn wurde diskutiert, ob sich Deutschland ebenfalls Senken anrechnen lassen sollte oder nicht. Vertreter der Forstwirtschaft befürworten diese Möglichkeit, da sie sich dadurch ein Zusatzeinkommen erhoffen. Ein Gutachten der Bundesforschungsanstalt für Holz- und Forstwirtschaft sprach sich ebenfalls für die Anerkennung von Senkenprojekten aus. Dies sei aber wegen hoher Transaktionskosten und einer diesbezüglichen Projektgröße von mindestens 1000-1500 ha kaum möglich.

### Umweltschützer und BMVEL skeptisch

Nach Ansicht der Umweltschutzverbände sollten Emissionen zunächst durch die Umsetzung von Alternativen gesenkt werden. Außerdem würde die Einführung von Senken praktisch keinen Nutzen für die Forstwirtschaft bringen und zu einem hohen bürokratischen Aufwand führen. Auch das Bundesverbraucherministerium steht der Kohlenstoffsenke skeptisch gegenüber. Der deutsche Wald habe aufgrund des geringen Holzschlags derzeit ein sehr hohes Kohlenstoffpotential gebunden. Die Biomasse Holz solle vielmehr zur Verdrängung fossiler Brennstoffe aus dem Markt genutzt werden. (db) ■

### • Weitere Informationen

Forum Umwelt und Entwicklung, Geschäftsführer Jürgen Maier, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228-359704, Fax -92399356  
eMail: info@forumue.de  
www.forumue.de  
www.forumue.de/pdfs/200404.pdf

## Illegaler Abschuss in Uganda

### Deutsche Jagdreiseagentur bietet Trophäenjagd an

Der deutsche Jagdreiseveranstalter CS Jagdkontor bietet über seinen afrikanischen Ableger "Uganda Savannah Hunting" illegale Jagdreisen nach Uganda an. Das berichtete die Tier- und Artenschutzorganisation Pro Wildlife im Dezember. Der Abschuss sei weder von der ugandischen Regierung genehmigt worden noch habe der Reiseveranstalter einen Genehmigungsantrag an die ugandische Artenschutzbehörde gestellt. Regierung und Behörde haben eine offizielle Warnung vor dem Reiseveranstalter herausgegeben.

### Abschüsse sogar in Schutzgebieten und auf bedrohte Arten

CS Jagdkontor macht bei seinen Angeboten auch keinen Halt vor gefährdeten Tierarten wie Kaffernbüffel, Leier- und Grasantilope oder dem großen Kudu. Die Tiere werden zum Teil sogar in Reservaten und Nationalparks abgeschossen, was streng verboten ist. Nach Angaben von Pro Wildlife sind die Artenschutzbehörden in Deutschland und der EU informiert. Die Einfuhr illegaler Jagdtrophäen müsse verhindert werden, dann fehle den Hobbyjägern auch der Anreiz, solche Reisen zu buchen, betonte Daniela Freyer, Artenschutzexpertin von Pro Wildlife. (db) ■

### • Weitere Informationen

Pro Wildlife, Artenschutzexpertin Daniela Freyer, Graefelfingerstr. 65, 81375 München  
Tel. 089 / 8199-507, Fax -706  
eMail: mail@prowildlife.de  
www.prowildlife.de

## Pharmakonzern baut Tierversuchsanstalt aus

### Medikamente werden an Hunden getestet

Das Unternehmen Altana Pharma, die zum Pharma- und Chemiekonzern Altana AG gehört, führt in der Nähe von Hamburg toxikologische Untersuchungen an Tieren durch. Trotz Protest-Aktionen seitens der Anwohner entsteht dort seit Oktober 2004 eine der größten Tierversuchsanstalten Deutschlands. In den Laboren sterben ungefähr 800 Hunde jährlich für die Entwicklung von Atemwegs- und Magen-Darm-Medikamenten.

Während der Versuchszeit werden den Hunden die Substanzen ins Futter gemischt und die Dosis dabei ständig erhöht, bis die Tiere Schmerzen haben. Danach wird geprüft, ob sie sich von den Schäden wieder erholen. Aufgrund einer neuen Tierschutzbestimmung müssen Versuchshunde künftig in Rudeln gehalten werden und einen Auslauf haben. Bis diese jedoch in Kraft tritt, werden die Tiere weiterhin in drei Quadratmeter großen Einzelzwingern gehalten und nach sechs bis zwölf Monaten aus versuchstechnischen Gründen getötet.

### Chemikaliengesetz verlangt Tierversuche

Tierschutzorganisationen gehen von weltweit rund 300 Millionen Versuchstieren aus, die täglich für die Forschung sterben. Nach Ermittlungen des Bundesinstituts für Risikobewertung werden weitere 45 Mio. Tiere nach Inkrafttreten der neuen EU-Chemikalienrichtlinie sterben. Obwohl es tierversuchsfreie Forschungsmethoden wie z. B. in-vitro-Systeme gibt, bei denen an schmerzfreier Materie aus dem Reagenzglas geforscht wird, müssen laut Chemikaliengesetz Pharmakonzerne Tierversuche nachweisen. Auch Altana will ihre Versuche mit Hilfe von In-vitro-Systemen ausbauen und dadurch die Zahl von Tierversuchen senken. (db) ■

### • Weitere Informationen

Initiative gegen die Tierversuchsanstalt Altana, Sprecher Matthias Evers  
mobil: 0173 / 4754352  
eMail: [info@stoppt-tierversuche.de](mailto:info@stoppt-tierversuche.de)  
[www.stoppt-tierversuche.de](http://www.stoppt-tierversuche.de)

## Tierzuchtfonds gegründet

### Projekte zeigen Weg zur artgemäßen Zucht

Der Deutsche Tierschutzbund, PROVIEH-VgtM, die Schweisfurth-Stiftung und die Zukunftsstiftung Landwirtschaft haben Ende November gemeinsam den Tierzuchtfonds gegründet. Dieser unterstützt wissenschaftliche und praktische Projekte, die sich für eine artgemäße Tierzucht einsetzen.

Unter einer artgemäßen Zucht verstehen die Initiator/innen gesunde und langlebige Tiere, den Verzicht von Embryotransfer und Gentechnik, eine tiergerechte Haltung auch in den Zuchtbetrieben, natürliche Methoden der Fortpflanzung sowie Erhalt und Nutzung der Biodiversität in den Regionen.

### Ökolandwirte züchten artgerecht

Seit fünfzig Jahren geht der Trend dahin, Tiere mit immer höherer Leistungsfähigkeit zu züchten. Dies hat jedoch bei den Tieren zu Verhaltensstörungen, Anfälligkeit von Krankheiten, Schmerzen und Leiden geführt. Als Alternative züchten Ökolandwirte seit einigen Jahren gesunde und vielseitige Tierrassen mit ausgeglichener körperlicher Verfassung. (db) ■

### • Weitere Informationen

Zukunftsstiftung Landwirtschaft, Geschäftsführerin Cornelia Roeckl, Oskar-Hoffmann-Str 25, 44789 Bochum  
Tel. 0234 / 57971-72, Fax -88  
eMail: [tierzuchtfonds@zs-l.de](mailto:tierzuchtfonds@zs-l.de)  
[www.tierzuchtfonds.de](http://www.tierzuchtfonds.de)

## Lesenswert, sehenswert

### Geschichte des Naturschutzes im Deutschen Kaiserreich

Diese Habilitationsschrift befasst sich mit der Bildung der Naturschutzbewegung im deutschen Kaiserreich (1871-1918). Dem Entstehen der Bewegung ging ein Wandel in der Auffassung von Natur voraus: Erschien zuvor die Natur bedrohlich, wurde sie seitdem als bedrohter Ort angesehen, den es zu bewahren und schützen galt. Von Anfang an war die Naturschutzbewegung von Ambivalenz geprägt. Der Autor entwickelt daraus die These, dass die Gleichzeitigkeit von Vernichtung und Bewahrung ein Grundmuster moderner Naturbeziehung sei. Weitere Themen sind der Umbruch der Beziehung zwischen Mensch und Natur während der Industrialisierung oder die Beziehungsgeschichte von Mensch und Tier am Beispiel des Vogelschutzes. (mbu)

Friedemann Schmolz: Erinnerung an die Natur. Die Geschichte des Naturschutzes im Deutschen Kaiserreich, Frankfurt/Main: Campus 2004; 508 S.; 45,- Euro; ISBN: 3-593-37355-6

### Naturschutzgeschichte exemplarisch

Einblick in die Geschichte des Naturschutzes von den Anfängen bis zur Gegenwart gibt eine CD des Instituts für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung. Die Autoren haben in ihrer Diplomarbeit eine Wanderausstellung digitalisiert, die die Naturschutzgeschichte anhand von fünf Landschaften zeigt: Müritz-Seenlandschaft, Lüneburger Heide, Moorlandschaft Friedländer Wiese, Industrielandschaft Ruhrgebiet und Sächsische Schweiz. Neben Texten enthält die CD Aufnahmen gefährdeter Tierarten wie Beutelmeise, Buntspecht und Fischadler, Informationen über die Entstehung der Mecklenburger Seenplatte, die Besonderheiten von Klima, Fauna und Flora im Elbsandsteingebirge, über Malerei und Literatur der letzten Jahrhunderte sowie über Naturvereine und Probleme durch den Tourismus. Die CD eignet sich sowohl zur Umweltbildung als auch für andere Interessierte. (db)

Robert Bender/Andreas Köberle: Naturschutz im Wandel, CD; Bezug: IUGR, FH Neubrandenburg, PF 110121, 17041 Neubrandenburg, Tel. 0395 / 56932-24, Fax -99, eMail: [info@iugr.net](mailto:info@iugr.net), 10,- Euro ■

### Nationaler Radverkehrsplan: Nur ein Papiertiger?

#### Förderung des Radverkehrs bis 2012 unter der Lupe

Im Jahr 2002 hat sich die Bundesregierung mit dem "Nationalen Radverkehrsplan" (NRVP) das Ziel gesetzt, den Verkehrsanteil des Fahrrads innerhalb von zehn Jahren erheblich zu steigern. Der NRVP sollte dabei neue Wege und Umsetzungsstrategien zur Radverkehrsförderung aufzeigen. Alle beteiligten Akteure der Länder und Kommunen wurden aufgerufen, den Radverkehr auf ihrer Prioritätenliste weiter nach oben zu schieben und sich dabei eigene konkrete Ziele zur Radverkehrsförderung zu setzen. Die Universität Trier untersuchte dafür die Aktivitäten der Bundesländer und der Verbände. Eine Zwischenbilanz liegt nun vor.

#### Verbände haben unterschiedliche Schwerpunkte

Die befragten Verbände hatten unterschiedliche Meinungen zur Radverkehrsförderung im Allgemeinen und zu einzelnen Aspekten des Nationalen Radverkehrsplans. So sieht der ADAC die Bedeutung des Fahrrads eher im Freizeitverkehr. Das Auto steht für den ADAC als Alltagsverkehrsmittel immer noch klar im Vordergrund. Für den ADFC ist dagegen die Stärkung des Fahrrads im täglichen Gebrauch von größerer Bedeutung. Der ADFC als Fahrradlobbyist hat eine weitreichende Übereinstimmung mit den Zielen des NRVP. Er vermisst jedoch konkrete Ziele und einen "Fahrplan", wie es in den kommenden Jahren mit dem NRVP und dem Radverkehr in Deutschland weiter geht. Der VCD sieht sich nicht als reine Fahrradlobby, sondern stellt bei seiner Arbeit den Umweltverbund in den Vordergrund. Die inhaltlichen Unterschiede zwischen ADFC und hinsichtlich der Radverkehrsförderung sind marginal.

#### Radverkehrsabteilungen in Ministerien schwach ausgestattet

Grundsätzlich ist der nationale Radverkehrsplan in allen Landesregierungen bekannt, einige haben selbst bei der Ausarbeitung mitgewirkt. Viele Vertreter der Bundesländer sind jedoch der Meinung, dass sich durch den NRVP nur wenig in der Radverkehrsförderung verändert hat. Aus ihrer Sicht sind dort viele Strategien und Maßnahmen enthalten, die in ihrem Bundesland bereits seit Jahren praktiziert werden. Die Belange des Radverkehrs

werden in verschiedenen Ministerien der Bundesländer bearbeitet. Auch variiert die Zahl der Mitarbeiter, die sich mit dem Radverkehr beschäftigen. Die Verwaltungen des Straßenbaus und der ÖPNV-Förderung sind personell vergleichsweise viel besser ausgestattet.

#### Ländern gelang keine öffentliche Diskussion des Radverkehrs

Trotz des Nationalen Radverkehrsplans wurde die Radverkehrsförderung bei der Bundesregierung 2002 zu keinem dauerhaft wahrnehmbaren Reformthema. Auch bei den Ländern gab es wenig neue Schwerpunktsetzungen als Reaktion auf den NRVP. Insoweit ist es nicht zu dem erhofften breiten Impuls mit starker öffentlicher Diskussion und weitreichender Umsteuerung gekommen. Die meisten Maßnahmen der einzelnen Bundesländer zur Radverkehrsförderung dienen nach wie vor der Verbesserung der Infrastruktur. Nur teilweise sind darüber hinaus gehende Ansätze zu erkennen, wobei die Anstrengungen nicht besonders verstärkt wurden. Der Blick sollte verstärkt auf neue Ansätze der Radverkehrsförderung, vor allem im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und der Förderung von Serviceangeboten gerichtet werden. Bei den angeblich fehlenden finanziellen Mitteln wird besonders auf die Konkurrenz des Radverkehrs zu anderen Verkehrsmitteln hingewiesen. Allen Beteiligten ist bewusst, dass die Verkehrsetats nach wie vor zu den größten Posten eines jeden Landes gehören, trotzdem aber der Radverkehr mit Minimalbudgets abgespeist wird. Nur wenn die Finanzierung der Radverkehrsförderung deutlich verbessert wird, kann der "Nationale Radverkehrsplan 2002 - 2012" die zukünftige Entwicklung des Radverkehrs nachhaltig beeinflussen.

#### Stagnation sogar in fahrradfreundlichen Gegenden

Derzeit wird an dem für die Radverkehrsförderung zuständigen Personal gekürzt, obwohl z. B. das Umweltbundesamt deutlich macht, dass die Radverkehrsförderung in der Summe die kostengünstigste Verkehrsalternative ist. Der allgemeine Sparzwang wird sich hier vermutlich kontraproduktiv auswirken, zumal in anderen Bereichen nach wie vor große Summen zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur bereitgestellt werden sollen. Für den Radverkehr bleibt bei dieser Orientierung so gut wie nichts übrig. Selbst das fahrradfreundliche Nordrhein-Westfalen, die

"Fahrradstadt" Münster oder die "Umwelt-hauptstadt" Freiburg im Breisgau sind von einer wirklich radverkehrsfreundlichen Ressourcenaufteilung noch meilenweit entfernt. In einigen Bundesländern gibt es inzwischen sogar Rückschritte. So ist in der Hansestadt Hamburg die Radverkehrsförderung nach der letzten Senatswahl deutlich zurückgefahren worden. Baden-Württemberg hat als Preisträger des bundesweiten Wettbewerbs für innovative Radverkehrsförderung "best for bike" im Jahr 2003 nur knapp ein Jahr später das prämierte Projekt der "bezuschussten Fahrradmitnahme in den Verkehrsverbänden" wieder abgesagt.

#### Wetter und Hügel gelten als Bremsen einer radfreundlichen Verkehrspolitik

Die Vorrangstellung des Autos ist auch gesetzlich verankert. So wird bei einem der wichtigsten Finanzierungsinstrumente, dem GFVG (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) das Geld zur Förderung von Verkehrsprojekten nach der Kraftfahrzeugquote der Länder verteilt. Einer positiven Entwicklung stehen aber nicht nur die scheinbar maroden und ungleich verteilten Finanzen im Wege. Auch die Zuweisung der Verantwortung ist ein Problem. Alle Gebietskörperschaften verweisen auf die Verantwortung des jeweils anderen, um selbst nicht aktiv werden zu müssen. Darüber hinaus wird stets auch das schlechte Wetter und in vielen Ländern die schwierige Topographie als Hinderungsgrund für eine Verbesserung des Radverkehrs genannt. Da es bundesweit jedoch nur etwa 7 Prozent der Zeit regnet, entlarvt sich dies als Scheinargument. Ähnlich sieht es mit der Topographie aus. Auch hier sind nur einige Regionen und damit ein kleiner Teil der Bevölkerung betroffen.

#### Voraussetzung ist der Wille zur Veränderung

Was ist also zukünftig zu tun? Oberstes Gebot ist die Wahrnehmung der eigenen Verantwortung und die Veränderung der eigenen Prioritäten. Hier muss dringend nachgebessert werden und der Radverkehr sprichwörtlich Vorfahrt gegenüber anderen Verkehrsmitteln erhalten. Dies gilt besonders für einige wichtige Akteure im Bereich Mobilität und Verkehr. Allen voran ist hier das Bundesverkehrsministerium (BMVBW) zu nennen, welches bisher nur ein sehr mäßiges Engagement in der Radverkehrsförderung zeigt. Der Beschluss des Bundestages zum NRVP wird in dieser wichtigen Schaltzentrale nur sehr

zögerlich und mit geringem Elan erfüllt. So gibt es für den Ausbau des bundesweiten Radwegenetzes noch keine zentrale und Länder übergreifende Koordinationsstelle. Im Ministerium selbst wird erst jetzt eine selbständige Abteilung zur Förderung des Radverkehrs eingerichtet. Ob diese auch die notwendigen Kompetenzen und Mittel erhält, bleibt spannend. Der Bund-Länder Arbeitskreis produziert seit zwei Jahren nur wenig verwertbare Ergebnisse. Immerhin hat das BMVBW inzwischen mit der im NRVP ebenfalls vorgesehenen institutionellen Förderung des ADFC begonnen und finanzielle Unterstützung für einige Projekte zugesagt.

#### Erneuter Vorstoß 2004

Die Koalition hat im Sommer 2004 einen weiteren Antrag zum Thema Radverkehrsförderung im Bundestag eingebracht. Die wichtigsten Forderungen: die Schaffung der "eigenständigen Arbeitseinheit für die Belange des Radverkehrs"; die Reform des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes gemeinsam mit den Bundesländern, um dort 5 Prozent der Mittel für den Radverkehr festzuschreiben; Bereitstellung nicht investiver Mittel für den Radverkehr im Bundeshaushalt; Überarbeitung des Ordnungsrahmens pro Radverkehr. ■

Gastautor: Maik Scharnweber,  
ADFC-Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz

#### • Weitere Informationen

ADFC Rheinland-Pfalz, Maik Scharnweber, An der Kirchenpforte 15, 55128 Mainz  
Tel. 06131 / 371108  
eMail: [info@adfc-rlp.de](mailto:info@adfc-rlp.de)  
[www.adfc-rlp.de](http://www.adfc-rlp.de)  
Die Studie im Internet:  
[www.raumentwicklung.de](http://www.raumentwicklung.de)

Quelle: mobilogisch!

## Schadenshaftung von Kindern im ruhenden Verkehr

### BGH: 9-Jährige für Schäden an parkenden Autos verantwortlich

Der Verein "autofrei leben!" hat das Urteil des Bundesgerichtshofs zur Haftung von Kindern bei Beschädigung eines parkenden Fahrzeugs kritisiert. Der BGH hatte im Dezember entschieden, dass ein neunjähriges Kind für einen solchen Schaden verantwortlich sein könne. Aus Sicht von "autofrei leben!" wird in Folge des Urteils das Recht der Kinder auf Spielen im Freien massiv eingeschränkt.

Bis zu dem Urteil galt eine Ausnahmeregelung, wonach 7- bis 9-jährige Kinder im Fall ruhender Fahrzeuge nicht haftbar gemacht werden konnten. Die Vorsitzende des Vereins Andrea Herrmann wies darauf hin, dass hingegen Schäden durch äußere Einflüsse (z. B. Hagel, Astbruch, Kastanien) ständig in Kauf genommen würden. Ein Auto sei ein ungeschützt im Freien abgestellter Gegenstand. Daher seien solch überhöhte Schutzansprüche, wie sie aus dem BGH-Entscheid hervor gehen, nicht angemessen. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

"autofrei leben!" e.V., Andrea Herrmann  
Tel. 06204 / 911677  
eMail: [andrea.herrmann@autofrei.de](mailto:andrea.herrmann@autofrei.de)  
[www.autofrei.de](http://www.autofrei.de)

## Klageandrohung der Umweltverbände wirkt

### Kommunen legen Pläne zur Luftreinhaltung vor

Die Klageandrohung der von der Deutschen Umwelthilfe (DUH) koordinierten Allianz "Kein Diesel ohne Filter" gegen Kommunen ohne Luftreinhaltungspläne hat Wirkung gezeigt: Ende Oktober lagen dem Umweltbundesamt 14 Maßnahmenpläne zur Prüfung vor.

Bis Ende des Jahres werden diese nach Informationen der DUH von praktisch allen Ballungsräumen vorliegen, die die bisherigen höheren Grenzwerte bei Feinstaub und Stickstoffdioxid überschreiten. Besitzer ungefilterter, schmutziger Diesel-Pkw müssten ab Januar 2005 mit einer europaweit eingeschränkten Mobilität rechnen, so die DUH. Da die Bundesregierung - entgegen ihrer Ankündigungen - bisher kein Konzept für die steuerliche Förderung der Nachrüstung von Altfahrzeugen vorgelegt hat, rechnet die DUH mit einem weiteren Preisverfall bei ungefilterten Diesel-Pkw.

Neben den bekannten Ballungsräumen in NRW, Rhein-Main, Berlin, Hamburg, München und Stuttgart müssen voraussichtlich auch Schwandorf und Passau in Bayern, Wetzlar in Hessen und Allersleben in Sachsen-Anhalt Maßnahmenkonzepte erarbeiten. Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" veröffentlichte eine Deutschlandkarte mit 47 Orten mit Überschreitungen der Grenzwerte. Alle betroffenen Gemeinden und Regionen sollten bis Ende Dezember entsprechende Maßnahmenpläne ausgearbeitet haben. Wo dies nicht erfolgt ist, wollen die DUH, der BUND sowie weitere Umweltverbände mit Hilfe von Musterklagen kommunale Luftreinhaltungspläne erzwingen. (vl) ■

#### • Weitere Informationen

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell  
Tel. 07732 / 9995-0, Fax -77  
eMail: [info@duh.de](mailto:info@duh.de)  
[www.duh.de](http://www.duh.de)

## Spritverbrauch unzureichend gekennzeichnet

### Deutsche Umwelthilfe mahnt Autohersteller ab

Wegen schwerwiegender Verstöße gegen die seit dem 1. Oktober 2004 geltende Kennzeichnungspflicht zum Kraftstoffverbrauch von Pkw geht die Deutsche Umwelthilfe (DUH) gegen mehrere Autohersteller vor. Das hat der Verein Anfang Dezember angekündigt.

Die Unternehmen und ihre Händler sind nach dem Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz (EnVKG) vom Mai 2004 verpflichtet, in Ausstellungsräumen und Autohäusern gut lesbare Hinweise zum Spritverbrauch unter der Windschutzscheibe oder an den Infoständern neben den Fahrzeugen anzubringen. Dass dies teils gar nicht, teils nur halbherzig geschieht, stellten Mitarbeiter der Deutschen Umwelthilfe bei stichprobenartigen Überprüfungen vor allem in den Hauptstadt-Schauräumen von VW, DaimlerChrysler und BMW (Baureihe Mini) fest.

Weil sie sich mit der unzureichenden Umsetzung der Kennzeichnungspflicht außerdem ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile verschafft hätten, mahnte die DUH die Autohersteller förmlich ab. Im Auftrag der Umwelthilfe verlangte der Berliner Anwalt Remo Klinger von den Konzernchefs, die Verstöße gegen das Kennzeichnungsgesetz unverzüglich abzustellen. Nachdem dies nicht geschah und die DUH im Januar erneut 16 Verstöße feststellte, schickte der Verband eine Zahlungsaufforderung an VW. Der Konzern sagte dann außergerichtlich die Zahlung von 20.000 Euro an die DUH zu. (vi) ■

### • Weitere Informationen

Deutsche Umwelthilfe, Jürgen Resch, Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell  
Tel. 07732 / 9995-0, Fax -77  
eMail: resch@duh.de  
www.duh.de

## Steuerliche Förderung des Dieselrußfilters beschlossen

### 350 Euro für Rußfilter bei Neuwagen, 250 Euro für Nachrüstung

Für Rußpartikelfilter in Dieselaautos gibt es ab 2006 einen Steuerrabatt. Das haben Bundeskanzler Schröder, Finanzminister Eichel und Umweltminister Trittin Anfang Februar beschlossen. Nach dem Kompromiss wird die Förderung allerdings geringer als geplant.

Wer sich einen neuen Diesel mit dem umwelt- und gesundheitsfreundlichen Rußfilter kauft, spart nun 350 Euro. Für das Nachrüsten eines Altfahrzeugs gibt es 250 Euro. Die Förderung soll bis Ende 2007 laufen und nur einmal pro Fahrzeug gezahlt werden, und zwar schrittweise über Nachlässe bei der Kfz-Steuer.

Das Gesetz tritt Anfang 2006 in Kraft. Wer aber schon dieses Jahr einen Rußfilter anschafft, soll bereits berücksichtigt werden. Die geplante zwei Jahre lange Förderung kostet laut Regierung 1,5 Milliarden Euro.

### Umweltverbände weitgehend zufrieden

Nach Ansicht der Umweltverbände können die seit Januar geltenden schärferen EU-Grenzwerte für Feinstaub in der Luft nur mit den Rußfiltern eingehalten werden. Bisher konnten viele Städte dies nicht gewährleisten und standen vor der Entscheidung, Fahrverbote oder Tempolimits für Dieselfahrzeuge ohne Filter zu verhängen.

Ab 2008 will die Autoindustrie dann nur noch "saubere" Diesel verkaufen. Sollte sie diese Zusage nicht einhalten, will Rot-Grün für Fahrzeuge ohne Filter eine höhere Kfz-Steuer festlegen.

Die Umweltverbände zeigten sich im Grundsatz zufrieden. Die Blockade von VW und Finanzminister Eichel sei zusammengebrochen, kommentierte der Verkehrsclub VCD. Die 250 Euro Förderung für die Nachrüstung seien jedoch zu wenig. Hier müsse nachgebessert werden. (mb) ■

### • Weitere Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Kochstr. 27, 10969 Berlin  
Tel. 030 / 280351-0, Fax -10  
eMail: mail@vcd.org  
www.vcd.org

## Lkw produzieren noch viel mehr Dieselruß

### Schwache Grenzwerte für technisch schlecht ausgestattete Nutzfahrzeuge

Dem größten Verursacher des Krebs erregenden Dieselruß sind bisher keine Grenzen gesetzt worden. Das ergab eine Recherche der Zeitschrift "mobilogisch!", die vom Arbeitskreis Verkehr und Umwelt (UMKEHR e.V.) herausgegeben wird. In- und ausländische Lkw verbrennen in Deutschland demnach mehr als dreimal soviel Diesel wie alle Diesel-Pkw. Das Versprechen der deutschen Automobilindustrie, ab 2008 alle fabrikneuen Diesel-Pkw mit Rußfilter auszustatten, verdeckte das wesentlich größere Problem: Nach offiziellen Zahlen tanken Lkw 2,4 Mal so viel Diesel wie die Pkw-Flotte. Verschärfend komme die wesentlich schlechtere Technik der Lkw hinzu: Diese stoßen mit jedem Liter Diesel deutlich mehr Luftschadstoffe aus als ein Pkw.

Ursache sind laut UMKEHR die großzügigen Grenzwerte, die die EU für Nutzfahrzeuge erlassen hat. So darf ein durchschnittlicher Lkw auch 2008 auf gleicher Strecke das zwanzigfache eines Pkw an Ruß ausstoßen. Die zukünftigen Grenzwerte entsprächen nicht dem neuesten Stand der Technik. Man könne schon heute wirkungsvoll eingreifen. Ein Modellprojekt des Bundesumweltministeriums habe bewiesen, dass selbst die schärfste geplante Norm nicht den heutigen Möglichkeiten entspreche. Für die kommende Zeit gelte das Prinzip der Freiwilligkeit. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Arbeitskreis Verkehr und Umwelt (UMKEHR) e.V., Exerzierstr. 20, 13357 Berlin  
Tel. 030 / 4927-473, Fax -972  
eMail: info@umkehr.de  
www.umkehr.de

### Bahn AG will 5000 Kilometer Gleise abbauen

#### VCD fordert Maßnahmen gegen "Schienen-Kahlschlag"

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) hat die Pläne der Deutschen Bahn AG (DB) kritisiert, bis zum Ende des Jahrzehnts 5.200 Kilometer Gleise abzubauen, und die Bundesregierung aufgefordert, den vorgesehenen "Schienen-Kahlschlag" zu stoppen. Andernfalls würde die Infrastruktur weiter ausgedünnt und der Güterverkehr sowie die Fahrgastzahlen noch mehr zurück gehen, befürchtet der VCD.

Auch dass die Bahn vorhat, rund ein Viertel aller 88.200 Weichen und Kreuzungen aus dem Schienennetz zu entfernen, bemängelte der VCD. Damit würden immer mehr Optionen für einen Ausbau des Eisenbahnverkehrs sowie eine gute Auslastung des Netzes durch geschickte Kombination von Güter- und Personenverkehr wegfallen. Um die angestrebte Verkehrsverlagerung auf die Schiene und die Klimaschutzziele zu erreichen, sei mehr, nicht weniger Eisenbahninfrastruktur notwendig.

#### Betreiber sollen selbst Verantwortung für Schienennetz übernehmen

Nach Ansicht des VCD sollte die Bundesregierung die Herauslösung des Schienennetzes aus dem Konzern forcieren. Ende 2004 hatte der Bundestag das 3. Eisenbahngesetz verabschiedet, wonach künftig private Anbieter Teile des Schienennetzes pachten können. Die Zuteilung von Bahntrassen verblieb allerdings bei einer Tochtergesellschaft der DB AG. Um stillgelegte Gleise zu reaktivieren und die Auslastung des Eisenbahnnetzes zu erhöhen, könnten nach Vorstellung des VCD Teile unter Aufsicht von Bund oder Ländern in die Verantwortung von regionalen Betreibern gegeben werden. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD),  
Kochstr. 27, 10969 Berlin  
Tel. 030 / 280351-0, Fax -10  
eMail: mail@vcd.org  
www.vcd.org

### Ausbau der Häfen soll gestoppt werden

#### Gemeinsamer Forderungskatalog für nationales Hafenkonzert vorgelegt

Mitte Dezember hat Bundesumweltminister Jürgen Trittin zusammen mit den Umweltorganisationen BUND, Aktionskonferenz Nordsee (AKN), Rettet die Elbe und dem WWF einen Forderungskatalog für ein nationales Hafenkonzert vorgelegt. Darin wird eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle Arbeitsteilung für die Seehäfen vorgeschlagen. Hintergrund ist der Ausbau der norddeutschen Häfen für neue Containerschiffe, dessen Kosten im Wesentlichen der Steuerzahler zu tragen habe.

Nach Ansicht der Umweltschützer/innen wirken sich die Ausbauten besonders schädlich auf die Ökosysteme der Flüsse und Küsten aus. So hätten die Strombaumaßnahmen an der Unterelbe seit 1962 zu einem Rückgang der Vorlandflächen um mehr als 70 Prozent geführt. An der Weser seien in den letzten 100 Jahren fast 80 Prozent der Flachwasserzonen verloren gegangen.

Der DNR und die anderen Umweltverbände verlangen die Erstellung des Hafenkonzerts durch unabhängige Gutachter und forderten außerdem Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement sowie Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe zur Unterstützung Trittins auf, um sich gemeinsam gegen die Bundesländer durchzusetzen. Des Weiteren sollen sich Öffentlichkeit und Umweltorganisationen an der Erstellung des Hafenkonzerts beteiligen können. Bis zur Umsetzung 2010 darf es nach Meinung der Verbandssprecher keine weiteren Genehmigungen für Hafen- oder Flussausbauten geben. (db) ■

#### • Weitere Informationen

Aktionskonferenz Nordsee, Nadja Ziebarth, Kreuzstr. 61, 28203 Bremen  
Tel. 0421 / 77675, Fax -78931  
eMail: aknev@gmx.net  
www.aknev.org

Download des Dokuments  
"Ein zukunftsfähiges Hafenkonzert für die deutsche Nordseeküste":  
www.aknev.org

### Flugzeuge bleiben zu laut

#### Deutschland schöpft EU-Richtlinie nicht aus

Der Verkehrsclub VCD hat der Bundesregierung vorgeworfen, sie lasse es an Engagement beim Schutz vor Fluglärm mangeln. Deutschland hinke bei der Umsetzung einer EU-Richtlinie zur Verringerung von Fluglärm weit hinterher. Die Richtlinie hätte bereits bis Ende September 2003 in nationales Recht umgesetzt werden müssen, so die Kritik. Zudem fehle dem Ende 2004 vorgelegten Entwurf für eine veränderte Luftverkehrs-Zulassungs-Ordnung die notwendige Schärfe. Die Möglichkeit der Richtlinie, besonders laute Flugzeuge auszuschließen, werde nicht ausgeschöpft.

Eine gesellschaftspolitische Akzeptanz für den rasant wachsenden Luftverkehr ist nach Auffassung des VCD nur zu erreichen, wenn auch wirksame Gesetze für den aktiven Lärmschutz getroffen werden. Deshalb fordert der Verkehrsclub eine umfassende gesetzliche Regelung von Betriebsbeschränkungen einschließlich Lärmkontingentierungen und Nachtflugverboten.

#### Viele Flugzeuge und Flughäfen gar nicht erfasst

Schon die Betriebsbeschränkungsrichtlinie der EU sei wenig ambitioniert. Nun wolle die Bundesregierung sie bei der Umsetzung weiter abschwächen. Der VCD bezeichnete den Verordnungsentwurf als Etikettenschwindel: Die Verordnung erfasse überhaupt nur die neun verkehrsreichsten Flughäfen in Deutschland. Außerdem könnten nur für vier Prozent aller hier verkehrenden Flugzeugtypen Betriebsverbote erlassen werden. Weil Deutschland bisher keine Maßnahmen zur Umsetzung der EU-Richtlinie getroffen hat, beschloss die Europäische Kommission im Dezember, Klage gegen Berlin zu erheben. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD),  
Kochstr. 27, 10969 Berlin  
Tel. 030 / 280351-0, Fax -10  
eMail: mail@vcd.org  
www.vcd.org

## Engere Kooperation von Wasser-Expert/innen

### Im Überblick: Verbände übergreifende Aktivitäten zur Wasserrahmenrichtlinie

Die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) hat es in sich. Bis 2015 müssen alle Gewässer im guten Zustand sein und alle relevanten Aktivitäten in den Flusseinzugsgebieten wie Rhein oder Elbe zur Zielerfüllung beitragen. Dieser flächendeckende und verbindliche Ansatz macht das zunächst unattraktiv anmutende Rechtswerk für jeden Umwelt- und Naturschützer besonders interessant. Weiterer Pluspunkt: Die Öffentlichkeit ist bei der Umsetzung aktiv einzubinden.

Zugleich benötigt die WRRL die Unterstützung der Umweltverbände, denn unklare Formulierungen zu den noch mehr als 800 Teilfragen bieten genügend Schlupflöcher für die Übermacht an Verursachereinteressen. Ihre Zahl und Ressourcen übersteigen die der Gewässerschützer um ein Mehrfaches. Gerade in der "heißen Phase" der Umsetzung, die ab 2006 mit Erstellung der Bewirtschaftungspläne für die Flusseinzugsgebiete beginnt, ist ein gemeinsames abgestimmtes Vorgehen auf allen Verbandsebenen unabdingbar.

### WRRL-Forum des BUND als Fachgremium der Verbände und zum Capacity Building

Als Antwort auf die Komplexität der WRRL hat das mittlerweile Verbände übergreifende Forum des BUND eine interdisziplinäre Arbeitsstruktur, in der alle relevanten BUND-Fachgremien vertreten sind. Das Forum trifft sich mindestens zweimal jährlich. Seine sechs Unterarbeitsgruppen beraten umfassend über Fragen zu Grundwasser- und Bodenschutz, Landwirtschaft, Gewässerökologie, Ökonomie, Recht, HMWB (künstlich/erheblich veränderter Wasserkörper), Bewirtschaftungs- und Maßnahmenplänen bzw. zur Öffentlichkeitsbeteiligung. Hauptstütze des Forums sind die ehrenamtlich Aktiven aus Verbänden, die das Gros der fachlichen Arbeit leisten und den flächendeckenden Erfolg des Gewässerschutzes garantieren. Das Forum dient zugleich für den Austausch zwischen Ehren- und Hauptamt. Diese Form der Organisation und inhaltlichen Abstimmung hat sich bewährt.

Seit der Tagung in Fulda im September 2004 ist das Fachgremium für Interessierte aller Umweltverbände offen. Die Erfolge

der BUND/NABU-Workshops haben diesen Beschluss bestärkt. Das eröffnet die Perspektive, die effektive fachliche Zusammenarbeit zu fördern und Doppelarbeit zu begrenzen. Die Ergebnisse des Forums stehen allen Verbänden zur Verfügung.

Nach Vorarbeit der Unterarbeitsgruppen konnte bereits ein Verbände übergreifendes Arbeitsprogramm für alle Schwerpunktthemen der WRRL im Forum erstellt werden. Sie trägt die Handschrift von Aktiven von BUND, NABU, Grüner Liga, BBU, DNR, ERN, DUH und WWF (DRB 12.04/01.05, S. 24).

Im Rahmen der Begleitung der EU-Grundwasserrichtlinie hat die geöffnete Unterarbeitsgruppe Grundwasser bedeutende Beiträge für das DNR-Votum geleistet. Kontakt: BUND

### DNR-Gesprächskreis Wasser als politisches Gremium

Der Gesprächskreis Wasser des Deutschen Naturschutzrings bietet allen Mitgliedsverbänden wie BUND, NABU, Grüne Liga usw. eine Plattform zum Austausch über wichtige aktuelle politische Fragen zum Wasser. Dies betrifft z.B. die Privatisierung der Wasserversorgung ebenso wie anstehende Entscheidungen zur WRRL. In den mindestens zweimal jährlich stattfindenden Treffen werden aber auch Aktionen der deutschen Umweltverbände diskutiert und abgestimmt. Beispielsweise wurde jüngst ein gemeinsames Votum zur EU-Grundwasserrichtlinie im Gesprächskreis Wasser vereinbart. An den Treffen nehmen vor allem Hauptamtliche teil, die in das politische Tagesgeschäft eingebunden sind. Die Breite der Themenpalette zwingt die Teilnehmenden zur Konzentration auf die wichtigsten Herausforderungen und ihre Lösung. Die umfangreiche und detaillierte Zuarbeit aus den Fachausschüssen der Mitgliedsverbände oder des WRRL-Forums ist unerlässlich. Kontakt: Grüne Liga

### WRRL-Projekt der Grünen Liga als Multiplikator und Katalysator der Zusammenarbeit

Die Bundeskontaktstelle Wasser der Grünen Liga hat mit ihrem Projekt zur WRRL-Öffentlichkeitsbeteiligung ein umfangreiches Angebot für Interessierte und Unterstützer der Rahmenregelung geschaffen. Die gut strukturierte Website unter [www.wrrl-info.de](http://www.wrrl-info.de) geht auf nahezu alle relevanten Themen ein und informiert u. a.

über den Stand der Umsetzung in den Flusseinzugsgebieten. Ebenso finden sich Adressen relevanter Akteure und eine Übersicht zu den wichtigsten Terminen und Ereignissen. Seminare, Vorträge, Infoverteiler und Publikationen inklusive zweier Handbücher runden das Angebot ab. Für die Aktualität sorgen eigene wie Beiträge von weiteren Umweltverbänden bzw. Akteuren aus der Gewässerschutzszene. Zur Zeit liegt der Schwerpunkt der Aktivitäten in den internationalen Flusseinzugsgebieten von Oder und Elbe. Kontakt: Grüne Liga

### Netzwerke auf Länder- und Flussebene als regionale und internationale Schnittstellen

Die Verbände-Zusammenarbeit setzt sich in fast allen Bundesländern fort. In den Netzwerken werden im Wesentlichen regional relevante Themen der WRRL behandelt. Teilweise werden aber auch Aktivitäten angegangen, die bundesweit nutzbar sind, z.B. Informationen für die Basis. Beispiele für regionale Netzwerke sind die Wassernetze in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, das WRRL-Forum in Schleswig-Holstein oder die WRRL-AG in Brandenburg. Flussgebietsbezogene Aktivitäten wären z.B. das Projekt "Lebendige Flüsse" oder das internationale Rheinnetz. Viele sind zugleich Mitglied im European Rivers Network (ERN). Nähere Informationen: [www.wrrl-info.de](http://www.wrrl-info.de)

Gastautor: Christian Schweer, Projektmitarbeiter WRRL, Naturschutzreferat der BUND-Bundesgeschäftsstelle

### • Weitere Informationen

BUND, Naturschutzreferentin Doris Eberhardt, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-451, Fax -40  
eMail: [doris.eberhardt@bund.net](mailto:doris.eberhardt@bund.net)

BUND, Bundesarbeitskreis Wasser, Sprecher Sebastian Schönauer, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 06094 / 9840-22, Fax -23  
eMail: [sebastian.schoenauer@bund.net](mailto:sebastian.schoenauer@bund.net)

Grüne Liga, Bundeskontaktstelle Wasser, Michael Bender, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-44, Fax -33  
eMail: [wasser@grueneliga.de](mailto:wasser@grueneliga.de)  
[www.wrrl-info.de](http://www.wrrl-info.de)

## Neue Berufe und Berufsbilder im Umweltschutz

### Bundesumweltministerium informiert

Im Januar hat das Bundesumweltministerium (BMU) eine neue Broschüre herausgegeben. Unter dem Titel "Umwelt und Beschäftigung - Arbeiten im Grünen Bereich" informiert sie über Beschäftigtenzahl, neue Berufe und Berufsbilder im Umweltschutz, Ressourcenmanagement und bei den erneuerbaren Energien.

Nahezu 1,5 Mio. Menschen in Deutschland waren 2002 im Umweltbereich beschäftigt. Dies entspricht einem Anteil von 3,8 Prozent. Damit hat sich die durch Umweltschutz bewirkte Beschäftigung in Deutschland trotz schwieriger gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen seit 1998 weiter positiv entwickelt. Die Broschüre zeigt diese und andere Entwicklungen anhand von Tabellen auf und macht deutlich, dass Beschäftigung im Umweltbereich unabhängig vom Ausgangsberuf durch Weiterbildung und Zusatzqualifikationen möglich ist.

Die 24-seitige Broschüre ist kostenlos beim BMU unter der Bestellnummer 2220 erhältlich oder im Internet abrufbar. (db) ■

### • Weitere Informationen

Bundesumweltministerium, Postfach 300361, 53183 Bonn  
Tel. 01888 / 305335-5, Fax -6  
eMail: [bmu@broschuerenversand.de](mailto:bmu@broschuerenversand.de)  
[www.bmu.de](http://www.bmu.de)

Internet-Download (555 kB):  
[www.bmu.de/de/1024/js/download/b\\_umwelt\\_beschaefigung](http://www.bmu.de/de/1024/js/download/b_umwelt_beschaefigung)

## EU-Wettbewerb für Schüler/innen

### Bis 15.3.: Malen, Zeichnen und Computervideos zum Klimaschutz

► Die EU-Kommission lädt alle Schüler/innen bis 16 Jahre ein, an ihrem Schulwettbewerb "Green Week 2005" teilzunehmen. Der Wettbewerb ist Teil der Konferenz und Ausstellung zur Brüsseler Grünen Woche 2005 vom 31. Mai bis 3. Juni. Dieses Jahr steht der Wettbewerb im Zeichen des Klimawandels.

Es gibt zwei Wettbewerbskategorien:

- Mal- und Zeichenwettbewerb für Kinder von 6-10 Jahren.
- Wettbewerb, für den ein kurzes Computervideo herzustellen ist, für Jugendliche von 11-16 Jahren.

Die drei Besten in jeder Kategorie gewinnen eine Reise nach Brüssel mit einer Begleitperson. Sie erhalten einen Preis und werden zu einem Besuch der Europäischen Kommission eingeladen. Die besten 20 Beiträge werden auf der Ausstellung zur Brüsseler Grünen Woche ausgestellt.

Die Beiträge können nur über eine Schule eingereicht werden. Sie müssen gescannt oder in digitalem Format erstellt werden und sind bis zum 15. März an die Generaldirektion Umwelt zu senden; dazu sind die Formulare zu verwenden, die auf der Internetseite des Schulwettbewerbs "Green Week" in 20 Sprachen zur Verfügung stehen. ●

► Die Lehrer werden aufgefordert, den Wettbewerb in den Unterricht einzubeziehen, die Internetseite kann dazu Ideen und Unterstützung bieten. (mb) ■

### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Umwelt, Chris Coakley  
eMail: [chris.coakley@eun.org](mailto:chris.coakley@eun.org)  
[http://europa.eu.int/comm/environment/youth/index\\_de.html](http://europa.eu.int/comm/environment/youth/index_de.html)

## Unesco fördert Bildung für nachhaltige Entwicklung

### Bis 12.2. bewerben als Projekt der UN-Dekade

► Die Deutsche UNESCO-Kommission ruft alle in der Bildung für nachhaltige Entwicklung engagierten Initiativen, Unternehmen und Organisationen auf, entsprechende Projekte in die UN-Dekade einzubringen. Bei einer zeitnahen Einreichung besteht die Möglichkeit, bereits am 1. März als offizielles Projekt der UN-Dekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung" ausgezeichnet zu werden. Die Auszeichnung findet auf der Bildungsmesse didacta in Stuttgart statt, der 1. März ist der UNESCO-Tag der Bildungsmesse didacta.

Die nötigen Unterlagen und Informationen stehen auf [www.dekade.org](http://www.dekade.org) unter dem Link "Dekadeprojekte - Bewerbungsunterlagen" zur Verfügung. Um bei der Auswahl für den 1. März noch berücksichtigt werden zu können, ist es notwendig, dass die Unterlagen am 12. Februar die Berliner Arbeitsstelle erreichen. (mb) ■

### • Weitere Informationen

Bewerbungen (Post, eMail Fax):  
Nationalkomitee UN-Dekade, Heidi Consentius, FU Berlin, Arnimallee 9, 14195 Berlin  
Tel. 030 / 838-55890, Fax -53023  
eMail: [arbeitsstelle@esd.unesco.de](mailto:arbeitsstelle@esd.unesco.de)  
[www.dekade.org](http://www.dekade.org)

## Termine

### Bundesweite Umwelt-Termine

...finden Sie hier.

### Internationale Umwelt-Termine

...finden Sie in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorletzte Seite in diesem Heft).

### Diese und neuere Termine im Internet

...finden Sie unter [www.dnr.de/termine](http://www.dnr.de/termine) (meist auch ausführlicher).

► DNR-Mitgliedsverbände, die dort selbst Termine veröffentlichen wollen, melden sich bitte bei [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de) an.

### Weitere Terminseiten im Internet

...haben wir auf [www.dnr.de/termin-links](http://www.dnr.de/termin-links) zusammengestellt, darunter spezielle Veranstaltungsoübersichten zu Energie, Gentechnik, Naturschutz, Verkehr und Wasser.

### Ihre Umwelt-Termine

► ...von überregionalem Interesse mailen Sie bitte in der hier üblichen Form an [info-berlin@dnr.de](mailto:info-berlin@dnr.de)

## Februar

17./18.2., Bonn

### 7. EUROSOLAR-Konferenz - Der Land- und Forstwirt als Energiewirt

EUROSOLAR e. V.

Tel. 0228 / 36-2373, Fax -1279

[info@eurosolar.org](mailto:info@eurosolar.org)

[www.eurosolar.org](http://www.eurosolar.org)

17./18.2., Kassel

### 6. GRE-Kongress - Vorrang für Effizienz: Stationen und Visionen

Tagung; Gesellschaft für Rationelle Energieverwendung (GRE) e. V.

Tel. 0561 / 804-1873, Fax -3238

[info@gre-kongress.de](mailto:info@gre-kongress.de)

[www.gre-kongress.de](http://www.gre-kongress.de)

17.2., Erfurt

### Umweltgerechtes und gesundes Bauen und Wohnen - Feuchtigkeit und Schimmelbildung in Gebäuden

Fachkongress; Bundesverband für Umweltberatung (bfub)

Tel. 0421 / 34-3400, Fax -78714

[info@umweltberatung.org](mailto:info@umweltberatung.org)

[www.umweltberatung.org/php/veranstaltungen.php?id=162](http://www.umweltberatung.org/php/veranstaltungen.php?id=162)

18.-20.2., Verden/Aller

### Wie zukunftsfähig ist unser Lebensstil?

Focusseminar; Bewegungsakademie e. V.

Tel. 04231 / 957-595, Fax -400

[info@bewegungsakademie.de](mailto:info@bewegungsakademie.de)

[www.bewegungsakademie.de](http://www.bewegungsakademie.de)

18./19.2., Eberhardzell-Kreis Biberach (Baden-Württemberg)

### Gentechnik und die Folgen für Kleinbauern und Ernährung

Tagung; Verband Katholisches Landvolk e. V., Wolfgang Schleicher

Tel. 0711 / 97911-18, Fax -52

[vk@landvolk.de](mailto:vk@landvolk.de)

[www.landvolk.de](http://www.landvolk.de)

20.2.-11.3., Saasen (Hessen)

### Widerstands- und Utopie-Tage 2005

Projektwerkstatt Saasen

Tel. 06401 / 90328-3, Fax -5

[saasen@projektwerkstatt.de](mailto:saasen@projektwerkstatt.de)

[www.wut2005.de.vu](http://www.wut2005.de.vu)

22.2., Berlin

### Ökologische und soziale Reformkonzepte in der DDR von Havemann bis Bahro

Vortrag, Diskussion; Umweltdebatte, Marko Ferst

Tel. 03362 / 88298-6, Fax -8

[marko@ferst.de](mailto:marko@ferst.de)

[www.umweltdebatte.de](http://www.umweltdebatte.de)

23./24.2., Erfurt

### Erfurter Gespräche zur Wasserrahmenrichtlinie

Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DAW) e. V., Monika Voigt

Tel. 02242 / 872-201, Fax -135

[voigt@dwa.de](mailto:voigt@dwa.de)

[www.wrrl-info.de](http://www.wrrl-info.de)

24.-27.2., Nürnberg

### BioFach-Messe

NürnbergMesse GmbH

Tel. 0911 / 8606-0, Fax -8228

[info@nuernbergmesse.de](mailto:info@nuernbergmesse.de)

[www.nuernbergmesse.de](http://www.nuernbergmesse.de)

## März

1.3., Stuttgart

### Nachhaltigkeit lernen - UNESCO-Tag auf der Didacta 2005 in Stuttgart

Deutsche UNESCO-Kommission e. V., Dieter Offenhäuser

Tel. 0228 / 60497-11, Fax -30,

[offenhaeusser@unesco.de](mailto:offenhaeusser@unesco.de)

[www.unesco.de](http://www.unesco.de)

1.-4.3., Kassel

### 8. Wissenschaftstagung Ökologischer Landbau: "Ende der Nische"

Universität Kassel-Witzenhausen, Ökologische Agrarwissenschaften, Tagungsbüro

Tel. 05542 / 9815-16, Fax -17

[8wita@mail.wiz.uni-kassel.de](mailto:8wita@mail.wiz.uni-kassel.de)

[www.wissenschaftstagung.de](http://www.wissenschaftstagung.de)

3./4.3., Dresden

### WRRL in der internationalen Flussgebietseinheit Elbe

Seminar; Internationale Kommission zum Schutz der Elbe (IKSE), Magdeburg

Tel. 0391 / 40003-0, Fax -11

[ikse.mkol@t-online.de](mailto:ikse.mkol@t-online.de)

[www.wrrl-info.de](http://www.wrrl-info.de)

4.3., Berlin

### Umweltengagement im Aufbruch - Mit Erfahrung und neuen Impulsen in die Zukunft

Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (ITZ) gGmbH

Tel. 030 / 803088-44, Fax -88

eMail: [e.goell@izt.de](mailto:e.goell@izt.de)

[www.izt.de](http://www.izt.de)

8.-11.3., Leipzig

### TerraTec - Internationale Fachmesse für Umwelttechnik und Umweltdienstleistungen

Leipziger Messe GmbH, Claudia Anders, Projektleiterin

Tel. 0341 / 678829-6, Fax -2

[c.anders@leipziger-messe.de](mailto:c.anders@leipziger-messe.de)

[www.terratec-leipzig.de](http://www.terratec-leipzig.de)

9.3., Leipzig

### Erste Ergebnisse zur wirtschaftlichen Analyse von Wassernutzungen - Die Umsetzung der EU-

### Wasserrahmenrichtlinie

Umweltinstitut IWU e. V, Dagmar Heyer

Tel. 0391 / 7362-916, Fax -353

[heyerd@iwu-ev.de](mailto:heyerd@iwu-ev.de)

[www.idced.net/de/veranst01.html](http://www.idced.net/de/veranst01.html)

11.-13.3., Iserlohn

**Optimierte Menschen - Technisierte Welt. Für einen verantwortlichen Umgang mit den Nano-, Bio- und Informationstechnologien**

Dr. Peter Markus, Evangelische Akademie Iserlohn/IKG  
Tel. 02371 / 352-0, Fax -299  
p.markus@kircheundgesellschaft.de

11.-13.3., Meißen (Sachsen)

**Wasser - öffentliches Gut oder gutes Geschäft**

Diskussionsveranstaltung; Evangelische Akademie Meißen, Dr. Bettina Musiolek  
Tel. 03521/ 4706-16, Fax -99  
bettina.musiolek@ev-akademie-meissen.de  
www.ev-akademie-meissen.de/programm.html

16.3., Oberhausen (NRW)

**Gefährliche Stoffe, neue Parameter**

Fachtagung; Emscher Genossenschaft, Frank Mertel  
Tel. 0201 / 1042-396, Fax -692  
frank.mertel@eglv.de  
www.emscher-genossenschaft.de/index\_frs.html

18.-20.3., Hannover

**Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften**

Ökodorf-Institut, Karl-Heinz Meyer  
Tel. 07764 / 933999  
meyer@gemeinschaften.de  
www.gemeinschaften.de

22.3., Schrobenhausen (Bayern)

**Dezentrale Siedlungswasserwirtschaft**

Fachseminar; Bildungswerk des Bund Naturschutz in Bayern e. V.  
Tel. 09966-1270, Fax -9020059  
bw@bund-naturschutz.de  
www.bn-bildungswerk.de

**April**

8.-10.4., Feuchtwangen (Bayern)

**2. Bundestreffen der Regionalbewegung**

Aktionsbündnis "Tag der Regionen", Gisela Endt, Koordinationsbüro Süd  
Tel. 09852-1381, Fax -615291  
bund-sued@tag-der-regionen.de  
www.tag-der-regionen.de

9.-16.4., bundesweit

**Aktionswoche für Globale Gerechtigkeit**

Gerechtigkeit jetzt! - Die Welthandelskammer, Antje Schultheis  
Tel. 0228-3681010, Fax -92399356  
info@gerechtigkeit-jetzt.de  
www.gerechtigkeit-jetzt.de

14./15.4., Landau (Rheinland-Pfalz)

**Grundwasser - Lebensraum, Ressource, Schutzgut**

Tagung; FutureCamp GmbH, Dr. Peter Rumm, München  
Tel. 089 / 68008-451, Fax -333  
peter.rumm@future-camp.de  
www.future-camp.de/grundwasser

15./16.4., Tutzing bei München

**Ökosteuer wohin? - Ökologische Finanzreform und Emissionshandel**

FÖS-Konferenz; Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS)  
Tel. 089 / 5201131-3, Fax -4  
foes@foes.de  
www.foes.de

15.4., Neumünster

**Fünf Jahre Ökologische Steuerreform - Erfahrungen und zukünftige Perspektiven**

Seminar; Akademie für Natur und Umwelt  
Tel. 04321 / 9071-44, Fax -32  
anmeldung@umweltakademie-sh.de  
www.umweltakademie-sh.de

20.-22.4., Magdeburg

**Deutscher Fundraisingkongress 2005**

Workshops, Seminare; Kongressbüro neues handeln GmbH, Petra Greitschus  
Tel. 0221 / 16082-15, Fax -24  
fundraisingkongress@neueshandeln.de  
www.fundraisingkongress.de

22.4., Berlin

**Das Jagdrecht: Reformbedürftig oder bewährt?**

Tagung; Forschungszentrum Umweltrecht (FZU) an der Humboldt-Universität zu Berlin, Dr. Elke Ditscherlein  
Tel. 030 / 20933-332, Fax -438  
elke.ditscherlein@rewi.hu-berlin.de  
www.rewi.hu-berlin.de/FZU

28./29.4., Gelsenkirchen

**Bundesweite Job- und Bildungsmesse Erneuerbare Energien**

Wissenschaftsladen Bonn, Theo Bühler, Projektleitung  
Tel. 0228 / 2-016125, Fax -65287  
theo.buehler@wilabonn.de  
www.Jobmesse-EE.de

29./30.4., Heidelberg

**Die Gartenkunst ist tot - Es lebe die Gartenkunst**

Tagung; Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (BDLA) und Gartenakademie Baden-Württemberg, Matthias Gehrcke  
Tel. 030 / 278715-13, Fax -55  
info@bdla.de  
www.bdla.de

29.4.-1.5., Freiburg/Br.

**Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften**

Seminar; Ökodorf-Institut, Karl-H. Meyer  
Tel. 07673 / 8878-86, Fax -28  
meyer@gemeinschaften.de  
www.gemeinschaften.de

**Mai**

5.-7.5., Bremen

**15. Bundesweiter Umwelt- und Verkehrskongress: "Nachhaltige Stadtverkehrsziele mit EU-Hilfe"**

BUND Bremen, UMKEHR e. V., Berlin  
Tel. 030 / 4927-473, Fax -972  
info@umkehr.de  
www.umkehr.de, www.buvko.de

**Juni**

17.-19.6., Schwarzwald

**Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften**

Seminar; Ökodorf-Institut, K.-H. Meyer  
Tel. 07764 / 933999  
meyer@gemeinschaften.de  
www.gemeinschaften.de

19.6., bundesweit

**Mobil ohne Auto (MoA)**

UMKEHR e. V.  
Tel. 030 / 49274-73, Fax -72  
info@umkehr.de  
www.mobilohneauto.de

21.6., bundesweit

### **Autofreier Hochschultag**

Aktionstag; Bundeskoordination Studentischer Ökologiarbeit (BSÖ), Berlin  
Tel. 030 / 20931-749, Fax -649  
geschaeftsstelle@bsoe.info  
www.mobilohneauto.de

### **Juli**

21.-24.7., Erfurt

#### **1. Sozialforum in Deutschland**

Workshops, Seminare; Initiative für ein Sozialforum in Deutschland c/o Friedens- und Zukunftswerkstatt., Hugo Braun, Frankfurt/Main  
Tel. 069 / 2424995-0, Fax -1  
info@sozialforum2005.de  
www.sozialforum2005.de

23.-31.7., Barby (Sachsen-Anhalt)

#### **Internationales Elbe-Saale-Camp**

Maria Nitschke, Ökozentrum und -institut Magdeburg (ÖZIM)  
Tel. 0391 / 73-627981, Fax -15982  
camp2005@elbe-saale-buendnis.net  
www.netzwerk-flusslandschaften.de

### **September**

22.-25.9., Augsburg

#### **Renexpo 2005 - Messe für Erneuerbare Energien**

erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner  
Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100  
redaktion@energie-server.de  
www.renexpo.de

23.-25.9., Schwarzwald

#### **Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften**

Seminar; Ökodorf-Institut, K.-H. Meyer  
Tel. 07764 / 933999  
meyer@gemeinschaften.de  
www.gemeinschaften.de

### **Oktober**

2.10., Feuchtwangen (Bayern)

#### **Tag der Regionen**

Aktionsbündnis "Tag der Regionen", Gisela Endt, Koordinationsbüro Süd  
Tel. 09852-1381, Fax -615291  
bund-sued@tag-der-regionen.de  
www.tag-der-regionen.de

21.-24.10., Augsburg

#### **IHE Holzenergie 2005**

erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice GmbH, Miriam Hegner  
Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100  
redaktion@energie-server.de  
www.holz-energie.de

21.-23.10., Wetzlar (Hessen)

#### **EnergieTage Hessen 2005 und Passivhaus Hessen 2005**

erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner  
Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100  
redaktion@energie-server.de  
www.energietage.com

21.-24.10., Augsburg

#### **IHE Holzenergie 2005**

erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner  
Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100  
redaktion@energie-server.de  
www.holz-energie.de

28.-30.10., Hannover

#### **Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften**

Seminar; Ökodorf-Institut, K.-H. Meyer  
Tel. 07764 / 933999  
meyer@gemeinschaften.de  
www.gemeinschaften.de

### **November**

18.-20.11., Berlin

#### **Moderner Lehm 2005**

Internationale Fachtagung und Messe; Umwelt- und Unternehmensberatung GmbH (Umbra), Peter Steingass  
Tel. 030 / 6162554-8, Fax -9  
info@lehmbauforum.com  
www.lehmbauforum.com

(db) ■

## **TV-Vorschau Natur und Umwelt**

### **Vier-Wochen-Vorschau**

www.prisma-online.de/tv/stichwort.html?aid=Natur  
Sendungen/Inhalte als Stichwort suchen:  
www.prisma-online.de/tv/suche.html

### **"Der Grüne Kanal - Die ökologisch korrekten Fernsehtipps"**

Vorschau für mehrere Tage, Inhaltsangabe in mehreren Sätzen zu jeder Sendung:  
www.bio.de/gruenerkanal.php4 (mb) ■

## **Aktuelle Umwelt-Informationen per eMail**

### **Übersicht: 40 kostenlose Newsletter**

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu ökologischen Themen senden eine Reihe von Infodiensten per eMail zu - in der Regel kostenlos. Das Spektrum reicht von allgemeinen Umweltinformationsdiensten über gängige Themenbereiche wie Energie oder Gentechnik bis zu speziellen Angeboten etwa zu "grüner" Beschaffung.

Eine von mehreren DNR-Verbänden zusammengestellte, nach Themen geordnete Übersicht von über 40 solcher Diensten ist im Internet zugänglich. (mb)  
www.dnr.de/umweltinfo

## **Umwelt-Diskussion im Internet**

### **"Grünes Forum": 11 Themenkomplexe und 16 Bundesländer zur Auswahl**

► Das "Grüne Forum" ist eine ökologische Diskussionsplattform im Internet. In dem partei- und verbandsunabhängigen Online-Forum können Informationen und Meinungen zu Umweltthemen ausgetauscht werden. Gegliedert ist das Forum nach Themen (Artenschutz, Bildung, Energie, Gentechnik, Klima, Meere, Naturschutz, Politik, Verkehr, Tierschutz, Wirtschaft) und nach Bundesländern. (mb)

www.gruenes-forum.net

## Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: "DRB 04.03" weist z.B. auf Heft 4 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2003 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind genauso gehalten, z.B. "EUR 05.03". Alle älteren Ausgaben sind komplett im Internet zugänglich: [www.dnr.de/dr/b](http://www.dnr.de/dr/b), "Bisherige Ausgaben".

## Danksagung

Für das Verfassen von Beiträgen und die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief danken wir allen Beteiligten, vor allem den Gastautor/innen, den Redaktions-Praktikant/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden (siehe "Weitere Informationen" unter jedem Beitrag). Besonderer Dank gilt dem unabhängigen Verbändedienst [www.ngo-online.de](http://www.ngo-online.de).

## Deutschland-Rundbrief im Internet

### [www.dnr.de/dr/b](http://www.dnr.de/dr/b)

heißt die Internetseite des DNR-Deutschland-Rundbriefes. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- Sonderhefte und Beilagen zu verschiedenen Umwelt-Themen

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

## Tagesaktuell informiert per eMail

Für Rundbrief-Abonent/innen und Fachleute aus den DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos tagesaktuelle eMail-Weiterleitungen an. Unter rund 40 Umwelt-Themen kann ausgewählt werden. Angebot und Bestellformular im Internet: [www.dnr.de/publikationen/infoservice](http://www.dnr.de/publikationen/infoservice)

## Gastbeiträge willkommen

► Wir freuen uns auf Ihre umweltpolitischen Beiträge in Absprache mit der Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers überein. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

## Unsere Zeitschriften zu internationaler Umweltpolitik

### EU-Rundschreiben, Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung

Meldungen und Kommentare zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene finden Sie im EU-Rundschreiben des DNR. Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik stehen im Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung, getragen vom DNR und dem Nord-Südpolitischen Dachverband Venro. Wir senden oder mailen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen im Internet: [www.dnr.de/publikationen/eur](http://www.dnr.de/publikationen/eur) [www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe](http://www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe)

# DRB-Abo

## Abonnieren Sie den Deutschland-Rundbrief des Deutschen Naturschutzing

Ich bestelle den Deutschland-Rundbrief **ab Ausgabe:**

### als Privatperson

- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
- 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
- 57 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

### für eine Organisation

- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
- 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
- 113 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

\* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

### als Förderabonnement

- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug**  
Kontonummer:

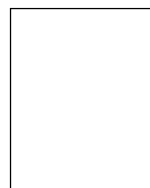
### Absender/in

Vorname, Name:  
ggf. Organisation:  
ggf. Funktion:  
Straße/PF:  
PLZ, Ort:  
Tel./Fax:  
eMail:

Geldinstitut:  
Bankleitzahl:

- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

# DRB-Abo



Deutscher Naturschutzring  
Redaktion Deutschland-Rundbrief  
Prenzlauer Allee 230  
10405 Berlin